

IM INTERESSE DER JUGEND

BERICHT DES VORSTANDES 2019-2020





Lisi Maier, Vorsitzende

Berlin Forum · Deutsch-Französische Zusammenarbeit · Deutsch-Ukrainische Zusammenarbeit · Engagement und Ehrenamt · Förderpolitik · Jugendarbeit · Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) · Kinderschutz und Prävention · Personal und Finanzen · Politische Bildung · Strukturen der Jugendarbeit



Tobias Köck, Vorsitzender

Albanien und Westbalkan · Berlin Forum · Europäische Förderpolitik · Europäische Jugendpolitik · EU-Jugendstrategie · EU-Jugendkonferenz · Förderpolitik · Jugendstrategie der Bundesregierung · Medien- und Digitalpolitik · Nordafrika · Personal und Finanzen



Daniela Broda

Bundeskongress Kinder- und Jugendarbeit · Gute Jugendpolitik · Inklusive Jugendarbeit · Jugendarbeit · Jugendcheck · Jugendforschung · Juleica · Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) · Kinderschutz und Prävention · Medien- und Digitalpolitik · Politische Bildung



Alma Kleen

Antidemokratische Tendenzen · Berlin Forum · Deutsch-Israelische Zusammenarbeit · EU-Jugenddialog · Gedenken und Erinnern · Jugendcheck · Jugendwerke · Gute Jugendpolitik · Jugendbeteiligung · Kinderrechte · Kinder- und Jugendhilfe (AG)



Wendelin Haag

Antidemokratische Tendenzen · Bildung für Nachhaltige Entwicklung · Deutsch-Tschechische Zusammenarbeit · Jugendreisen · Klimapolitik · Kulturelle Bildung · Mobilität · Nachhaltigkeit · U18 · Wahlrecht



Marius Schlageter

Berlin Forum · Europäische Jugendpolitik · EU-Jugenddialog · EU-Ratspräsidentschaft · EU-Jugendkonferenz · Internationale Jugendpolitik (DNK) · EU-Jugendstrategie · Klimapolitik · Nachhaltigkeit (Jugenddelegierte)



Matthias Schröder

Bildung · Deutsch-Israelische Zusammenarbeit · Deutsch-Polnische Zusammenarbeit · Freiräume · Gedenken und Erinnern · Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit · Jugendarmut · Rechtspopulismus · Soziale Gerechtigkeit



Hetav Tek

Deutsch-Chinesische Zusammenarbeit · Deutsch-Russische Zusammenarbeit · Deutsch-Türkische Zusammenarbeit · Frauen- und Mädchenpolitik · Geschlechtergerechtigkeit · Internationale Jugendpolitik · Interkulturelle Öffnung · Migration und MJSO

IM INTERESSE DER JUGEND

BERICHT DES VORSTANDES 2019-2020



Glossar

AGJ	Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe
BICC	Benelux Islands Central Cooperation
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
DJI	Deutsches Jugendinstitut
IJAB	IJAB - Fachstelle für internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V.
IMA	Interministerielle Arbeitsgruppe
Juleica	Jugendleiter*in-Card
KJHG	Kinder- und Jugendhilfegesetz (siehe auch SGB VIII)
KJP	Kinder- und Jugendplan
MJSO	Migrant*innenjugendselbstorganisation
SGB VIII	Achtes Buch Sozialgesetzbuch (auch Kinder- und Jugendhilfegesetz)
BKISchG	Bundeskinderschutzgesetz

Fotonachweise

Titel	Kevin Fuchs (CC-BY-SA)
Inhalt	DBJR (CC0 - 2,37), Nicolas Hecker (CC-BY-SA - 2), Michael Scholl (CC0 - 2, 6, 15, 23), Kevin Fuchs (CC-BY-SA, 11, 30), Mat Reding/unsplash (CC0 - 18), Anne Bergfeld (CC0 - 32), Matthias Schröder (CC0 - 40)

Impressum

Im Interesse der Jugend – Bericht des Vorstandes 2019/2020

Herausgeber: Deutscher Bundesjugendring, Mühlendamm 3, 10178 Berlin
030. 400 40 400 | info@dbjr.de | www.dbjr.de

Verantwortlich: Lisi Maier (Vorsitzende), Tobias Köck (Vorsitzender)

Redaktion: Aaron Remus, Michael Scholl

Mitarbeit: Anne Bergfeld, Matthias Gawol, Laura Gies, Anna Grüner, Rojda Kaya, Andrea Köhler, Sharon Maple, Dominik Neumann-Wächter, Jochen Rummenhüller, Tim Schrock, Linda Stein, Benjamin Wasmer, Ludwig Weigel, Christian Weis, Clara Wengert, Hannah Zacher sowie der DBJR-Vorstand

Layout & Satz: Michael Scholl

Druck: dieUmweltDruckerei GmbH, Hannover
gedruckt auf 100% Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem blauen Engel

Gefördert vom:  **Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend**

INHALT

BERICHT DES VORSTANDES	6
Im Interesse der Jugend die Stimme erheben	7
Jugendarbeit in Zeiten von Corona	8
Politik und Jugend zusammenbringen	9
Europa gemeinsam gestalten	14
Herausforderungen der Kinder- und Jugendarbeit angehen – Jugendhilfe weiterentwickeln.....	17
Finanzierung der Jugendverbände ausbauen.....	22
Solidarisch und in Vielfalt vereint handeln.....	24
Eine jugendgerechte Gesellschaft schaffen.....	28
Junges Engagement fördern	31
Internationale Partnerschaften stärken	33
GREMIEN ARBEITSGRUPPEN VERTRETUNGEN	40
Gremien und Arbeitsgruppen.....	41
Aussenvertretungen.....	43



BERICHT DES VORSTANDES

IM INTERESSE DER JUGEND DIE STIMME ERHEBEN

Jugendverbandsarbeit lebt davon, dass Menschen eng zusammenarbeiten, Ideen entwickeln und Neues ausprobieren. Sie lebt davon, sich Herausforderungen zu stellen, Lösungen zu suchen und Zukunft zu gestalten. Im Jahr der Corona-Pandemie haben uns diese Eigenschaften geholfen, trotzdem haben die letzten Monate enorm viel Kraft gekostet – auch weil der persönliche Austausch viel zu kurz kommt.

Wir konnten und mussten im Interesse der Jugend unsere Stimme erheben, denn Jugend wurde noch weniger gehört als ohnehin. Orte der Begegnung für junge Menschen wurden kurzfristig und lange geschlossen. Wichtige Freiräume waren über Wochen verschwunden und sind es zum Teil immer noch. Bildungshäuser und Freizeitstätten der Verbände standen und stehen teilweise vor dem Aus. In Zeiten wie diesen reicht die Solidarität untereinander alleine nicht. Deswegen forderten wir zurecht gemeinsam die Unterstützung des Staates und der Gesellschaft. Hilfe ist an vielen Stellen auf dem Weg; aber nicht überall dort angekommen, wo sie dringend notwendig ist.

Die Vollversammlung im Jahr 2019 hat uns als Vorstand mit den Positionen ein vielfältiges Arbeitspaket aufgetragen. Unsere Forderungen sind trotz oder gerade wegen der Pandemie aktuell. Die Lage der Seerettung im Mittelmeer und die Situation in den Lagern an den Außengrenzen der EU sind katastrophal. Wir setzen die Politik deswegen unter Druck. Die Situation junger Arbeitnehmer*innen in Europa wird durch die Pandemie noch prekärer als ohnehin – die Europäische Jugendgarantie und die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen werden deswegen dringend gebraucht. Dem wachsenden Hass gegen alles vermeintlich Fremde und dem wachsenden Antisemitismus treten wir mit unserer klaren Haltung für Vielfalt engagiert entgegen.

Doch wir haben in diesen vergangenen Monaten als Jugendverbände auch viel gelernt. Wir haben uns auf den Weg gemacht, Formate auszuprobieren, die mit viel Abstand funktionieren. Sie können bisherige Angebote meist nicht ersetzen, aber sie können sie an vielen Stellen ergänzen – und es gilt in den kommenden Monaten weiter zu überprüfen, wo man altbewährte Pfade ganz verlässt und wo man zu ihnen zurückkehrt.

Die Stimmen nach einer sozialen und ökologischen Ausrichtung der Gesellschaft für den Weg aus der unvergleichbaren Krise werden lauter. Jetzt ist die Chance für mehr Solidarität und Gerechtigkeit, wie wir sie seit langem fordern. Jetzt ist die Chance, die Teilhabe aller zu reklamieren und zu verwirklichen.

Als Jugendverbände stehen wir in Vielfalt vereint für die Interessen junger Menschen. Wir danken als Vorstand allen, die mit uns gemeinsam das Heute und Morgen in der Gesellschaft gestalten und jugendpolitisch aktiv sind. Unser Bericht zeigt, wie facettenreich uns das gelingt und wir hoffen, dass sich mit dem Abebben der Pandemie auch die so wichtige soziale Funktion unserer Arbeit wieder herstellen lässt – denn das direkte und spürbare Miteinander ist ein Fundament unserer Arbeit.

JUGENDARBEIT IN ZEITEN VON CORONA

Die Corona-Pandemie bedeutete für uns wie für alle Jugendverbände und -ringe eine enorme Flexibilisierung unserer Jahresplanung sowie einen extremen Themen- und Methodenwechsel. Die Geschäftsstelle stellte weitgehend auf mobiles Arbeiten um. Präsenztermine wurden zunächst abgesagt, verschoben oder digitalisiert. Unser digitales Veranstaltungsformat „Nachdenken über...“ erreichte viele Interessierte, die mit Persönlichkeiten wie Thomas Krüger (Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung), Dr. Wolfgang Schröer (Vorsitzender des Bundesjugendkuratoriums), Maja Göpel (Transformationsforscherin) oder Dr. Benno Hafenegger (Herausgeber einer AfD-Studie) diskutieren konnten. Auch Vorstand und Hauptausschuss wurden als digitale Veranstaltung umgesetzt – eine neue Herausforderung für uns, am Ende aber gut und erfolgreich.

Schnell wurde offensichtlich, dass jungen Menschen in der Pandemie erst negativ dargestellt wurden (Coronapartys) und dann eher vergessen wurden. Als DBJR-Vorstand beschlossen wir deswegen Positionen zu gemeinsamen Herausforderungen der Kinder- und Jugendarbeit in Krisenzeiten, zu Jugendpolitik im Ausnahmezustand und zu Freiräumen und Freizeiten für Kinder und Jugendliche in den Sommerferien, um auf die Situation junger Menschen als diejenigen aufmerksam zu machen, die an vielen Stellen die Gesellschaft unterstützen aber deren Freiräume sehr stark eingeschränkt wurden. Bei fast wöchentlichen Telefonkonferenzen stimmten wir uns im Vorstand eng ab, um Entscheidungen immer auf der Basis des aktuellen Infektionsgeschehens treffen zu können, die politischen Entscheidungen aus jugendpolitischer Sicht zeitnah kommentieren zu können und Handlungsempfehlungen zu benennen. Sobald die ersten Öffnungen erkennbar waren, setzten wir uns dafür ein, Jugend(verbands)arbeit in einem verantwortlichen Rahmen wieder zu ermöglichen. In einer Vielzahl von Interviews, Textbeiträgen, Artikeln und Meldungen traten wir für die Belange junger Menschen in der Krise ein. Gleichzeitig war uns ein wichtiges Anliegen, unsere Mitgliedsorganisationen stets über den aktuellen Stand zu politischen Fragen zu informieren so-

wie gesetzliche Änderungen in unserem Sinne mitzugestalten. Wir setzten uns in Verbindung mit Politiker*innen in vielen inhaltlichen Bereichen, die in der Krisengesetzgebung von Bedeutung waren wie zum Beispiel die haushaltspolitischen Sprecher*innen, die jugendpolitischen Sprecher*innen oder Personen aus dem Kreis der Sozialpolitik. Dabei konnten wir auch einige Erfolge für unser Feld erzielen. Im Zuge der dezentralisierten Öffnungen wurde immer deutlicher, dass sich die Regelungen für die Kinder- und Jugendarbeit länderspezifisch sehr unterschiedlich darstellen und von Bundesebene wenig Regulierungsmöglichkeit und dadurch auch Lobbyaktivitäten möglich waren und sind. Wir standen deshalb in einem engen Austausch mit den Landesjugendringen.

Für uns ist klar, dass die Grundlage unseres politischen Tuns und unserer gesellschaftlichen Funktion auf den physischen und sozialen Kontakt von Menschen in der Jugend- und Jugendverbandsarbeit basiert. Deshalb kehren wir langsam wieder in eine sensible und abstandswahrende Normalität zurück, allerdings mit einem Paket an Erfahrungen für digitale und analoge Formate in Corona-Zeiten, das es an unterschiedlichen Stellen weiter zu nutzen gilt.

Dennoch zeichnet sich bereits ab, dass Jugendverbände und Jugendringe noch über Jahre unter den Folgen der Corona-Pandemie zu leiden haben werden. Zum Zeitpunkt der Berichtslegung haben bereits erste Kommunen angekündigt die Zuschüsse für die Jugendverbandsarbeit teilweise oder komplett zu streichen, zeitgleich befürchteten viele Jugendbildungsstätten, dass sie weiterhin nur eine niedrige Bettenanzahl belegen dürfen. Hier bedarf es weiterhin einer gut abgestimmten Strategie und einen langen Atem.

POSITIONEN

Herausforderungen der Kinder- und Jugendarbeit in Krisenzeiten
[go.dbjr.de/2020-p-corona01]

Jugendpolitik im Ausnahmezustand
[go.dbjr.de/2020-p-corona02]

Freiräumen und Freizeiten für Kinder und Jugendliche in den Sommerferien
[go.dbjr.de/2020-p-corona03]

POLITIK UND JUGEND ZUSAMMENBRINGEN

Jugend ist als Lebensphase geprägt dadurch, sich zu emanzipieren und zu hinterfragen. Junge Menschen wollen gesehen und gehört werden, sie wollen sich einbringen und mitgestalten. Unsere Aufgabe als Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände und Landesjugendringe ist deswegen auch, Jugend und Politik zusammenzubringen.

Jugendbeteiligung als zentrales Thema

Ausgehend von der Praxis, den Erfahrungen und dem Wissen um direkte Mitwirkung und Mitbestimmung in unseren Organisationen und Gliederungen haben wir konkrete Vorstellungen von einer wirkungsvollen Kinder- und Jugendbeteiligung. Wir bringen uns als Expert*innen in die jugendpolitischen Debatten zu Jugendbeteiligung ein.

Jugendbeteiligung hat in den vergangenen Jahren zusätzlich an Bedeutung gewonnen. Sie wird immer öfter in unterschiedlichen regionalen Ebenen praktiziert und teilweise auch neu geregelt, etwa in den Gemeindeordnungen einiger Bundesländer. Dabei sind repräsentative Beteiligungsformate wie Jugendparlamente oder -beiräte immer wieder Teil des Diskurses. Die Vollversammlung 2019 hat beschlossen, dass wir uns intensiver mit repräsentativen Beteiligungsformaten auseinanderzusetzen und eine Position erarbeiten wollen. Dazu werden die Mitgliedsorganisationen sowie die Großstadtjugendringe einbezogen.

Damit Kinder- und Jugendbeteiligung gut umgesetzt werden kann, muss ein Mindestmaß an qualitativen Voraussetzungen gegeben sein. Zehn Jahre nach Veröffentlichung von Qualitätsstandards hat sich die Jugendbeteiligung sowohl mit Blick auf die Qualität als auch in verschiedenen Praxisfeldern verändert. Vor diesem Hintergrund bedarf es einer Überarbeitung der Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung, welche bereits im Rahmen des Nationalen Aktionsplans „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005–2010“ (NAP) erarbeitet und in einer Broschüre festgehalten wurden. Wir haben uns daher zusammen mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) auf den Weg gemacht, die Broschüre zu den Qualitätsstandards neu aufzulegen. Ab Herbst 2020 begleiten wir mit einem Projekt den Prozess der Überarbeitung und Neufassung.

Die Jugendstrategie der Bundesregierung

Im Jahr 2019 wurde die Idee der Eigenständigen Jugendpolitik, zu deren Ergebnissen auf Bundesebene die Jugendstrategie der Bundesregierung gehört, zehn Jahre alt. Wirklich erreicht ist diese Idee für uns jedoch erst dann, wenn sich alle Politikfelder Jugend auf die Fahne schreiben. Eine gute Jugendpolitik muss ressortübergreifend gedacht werden, konsistent sein und sie muss über die Jugendhilfe hinaus gedacht werden. Als DBJR fordern wir seit knapp zehn Jahren, dass Bild und Rolle der Jugend in der Gesellschaft sich verändern müssen. Immerhin: Es gibt inzwischen ein differenzierteres Bild „der Jugend“ in unserer Gesellschaft. Ein wichtiges Element einer Eigenständigen Jugendpolitik muss es sein, bestehende wichtige Strukturen wie die Jugendhilfeausschüsse und Selbstorganisationen junger Menschen zu stärken. Jugendpolitik ist längst grenzenlos. In ganz Europa sind zuletzt die europäischen Jugendziele (EU-Youth-Goals) in einem Beteiligungsprozess entwickelt worden. Sie beschreiben aus Sicht junger Menschen, was zu einer jugendgerechten Gesellschaft noch fehlt.

Daher begleiten wir die Entwicklungen und Umsetzung der gemeinsamen Jugendstrategie der Bundesregierung unter Federführung des BMFSFJ an unterschiedlichen Stellen kritisch und konstruktiv. Wir vermissen dabei eine ausreichende kohärente inhaltliche Abstimmung mit der Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland [siehe Seite 16]. Die nationale Jugendstrategie kann aus unserer Sicht nur dann wirkungsvoll sein, wenn sie auf einer ressortübergreifenden Jugendpolitik beruht, die Zivilgesellschaft und insbesondere die Jugendverbände und -ringe einbezieht sowie Themen von jungen Menschen entsprechend ihrer Interessen einfließen.

Das Bundeskabinett beschloss am 3.12.2019 die Jugendstrategie der Bundesregierung und gab ihr den Titel „In gemeinsamer Verantwortung: Politik für, mit und von Jugend“ [<https://go.dbjr.de/bmfsfj-strategie>]. Aus Sicht der Bundesregierung ist dies ein Schritt hin zu einer guten, ressortübergreifenden Jugendpolitik. Bei der öffentlichen Präsentation im Beisein von Bundeskanzlerin und Bundesjugendministerin im Bundeskanzleramt wurden 40 junge Menschen aus unseren Mitgliedsorganisationen und Partnerstrukturen sowie Vertreter*innen des Vorstandes erst durch unser Drängen eingeladen.

Gemeinsam wollen die Bundesministerien künftig „gute Politik für Jugend machen, gemeinsam mit Jugend Politik gestalten und offen sein für selbstbestimmte Politik von Jugend“. Die Bundesregierung will gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen, also allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen die gleichen Chancen und Möglichkeiten eröffnen, ihre Zukunft in allen Regionen Deutschlands mitzugestalten. Dazu sind in der Strategie neun Handlungsfelder beschrieben. Es geht um Zukunft, Generationendialog und Jugendbilder, um Beteiligung, Engagement und Demokratie, um Stadt und Land, Wohnen und Kultur. Es geht um Vielfalt und Teilhabe, um Bildung, Arbeit und Freiräume, um Mobilität und Digitales. Und nicht zuletzt geht es um Umwelt, um Gesundheit, um Europa und die Welt. Den Handlungsfeldern werden über 160 konkrete Maßnahmen zugeordnet. Aus unserer Sicht beschreibt die Strategie damit richtige und wichtige Felder für junge Menschen. Auch einen großen Teil der Analyse in der Strategie teilen wir: Jugend ist vielfältig, die eigenständige Lebensphase ist herausfordernd und zugleich wichtig für die Persönlichkeitsentwicklung. Gesellschaftliche und politische Entwicklungen wirken stark auf die Jugend ein. Wunsch und Wille nach mehr Verantwortung wachsen bei jungen Menschen, sie haben eigene Ideen und Vorstellungen. Bei den in der Jugendstrategie beschriebenen Formate und Maßnahmen ist aus unserer Sicht jedoch noch Luft nach oben. Die skizzierten konkreten Maßnahmen dürfen nicht alles sein, was die Bundesregierung in Gegenwart und Zukunft unternimmt, um eine gute Jugendpolitik zu machen. Ein wirklich ressortübergreifendes strategisches Ziel ist nicht erkennbar – interessante neue Ideen ebenfalls nicht. Bei den konkreten Maßnahmen in der Strategie gibt es noch viele, die nicht ressortübergreifend gedacht sind und strategisch nicht zusammenwirken. Sie stehen vielmehr noch lose und unverbunden nebeneinander. So sind zum Beispiel die ohnehin unzureichenden Maßnahmen gegen Jugendarmut [siehe Seite 25] nicht systematisch in die Strategie eingewoben.

Neben der Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMA), die ressortübergreifend zu unterschiedlichen Themen und Handlungsfeldern ohne Einbeziehung der Zivilgesellschaft tagt und vor allem die Jugendstrategie erarbeitet hat, gibt es nach wie vor den Beirat des BMFSFJ mit über 20 zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, der nach Beschluss und Veröffentlichung der Jugendstrategie der Bundesregierung das Ministerium zu ihre Umsetzung und Weiterentwicklung beraten soll. Wir sind durch unseren Vorsitzenden – vertreten durch die Geschäftsstelle – Mitglied. Nach wie vor ist dies als strukturelle Einbindung der Interessenvertretungen junger Menschen und der Fachwelt zu unverbindlich und aus unserer Sicht deutlich ausbaubar.

Daneben macht das BMFSFJ unterschiedliche Angebote, um junge Menschen als Expert*innen ihres eigenen Lebens einzubeziehen. Während 2019 die Jugendpolitiktage veranstaltet wurden, an denen die Teilnehmenden „Handlungsempfehlungen für die Jugendstrategie der Bundesregierung“ erarbeitet haben, soll es 2020 gegen unsere Empfehlung eine „Bundesjugendkonferenz“ sein. Wir begleiten die Aktivitäten des Ministeriums zur Beteiligung junger Menschen an dieser Stelle sehr kritisch und bringen auf Basis unserer Position „Wirksame Jugendbeteiligung ist mehr“ – soweit möglich – unsere Expertise zum Thema Jugendbeteiligung ein. Bei den vom BMFSFJ organisierten Beteiligungsformaten stehen die Frage nach der Einordnung und Relevanz der Ergebnisse sowie die tatsächliche Wirksamkeit für die Jugendstrategie im Raum.

Jugend-Check

Der Jugend-Check kommt aus unserer Sicht in der Jugendstrategie der Bundesregierung eindeutig zu kurz. Er wird lediglich als Beispiel aufgeführt, wie Gesetzentwürfe der Bundesregierung anhand einer standardisierten Methodik auf mögliche Auswirkungen auf die Lebenslagen junger Menschen zwischen 12 und 27 Jahren überprüft werden können. Er wird als freiwilliges Beratungs- und Unterstützungsangebot für andere Ressorts beschrieben. Ein freiwilliger Jugend-Check ist uns viel zu wenig, er muss ein verpflichtendes Instrument werden. Daher unterstützen wir unter anderem durch Mitwirkung im zuständigen Fachbeirat das Kompetenzzentrum Jugend-Check (KomJC) auch in der zweiten Phase des Projektes, die den Jugend-Check in seiner derzeitigen Form als Projekt bis Ende absichert. Diese Zeit muss aus unserer Sicht genutzt werden, die ressortübergreifende Verbindlichkeit und die gesetzliche Verankerung des Jugend-Checks voran zu bringen. Beide Aspekte sind aus unserer Sicht dringender denn je. Dies muss parallel zur Arbeit des KomJC

auf der Agenda bleiben. Unserer Forderung an die Bundesregierung und an die im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien bleibt daher auch zur Bundestagswahl 2021: Das Instrument Jugend-Check muss unbefristet, verbindlich, ressortübergreifend eingeführt und dazu gesetzlich verankert werden.

Arbeitsstelle Eigenständige Jugendpolitik

Wir arbeiten eng mit der Arbeitsstelle „Jugendgerecht.de“ der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) zusammen. Das Projekt informiert über Inhalte und Themen der Eigenständigen Jugendpolitik und entwickelt im Dialog mit der Fachwelt sowie mit Politik und Verwaltung die Eigenständige Jugendpolitik weiter. An ersten Dialogveranstaltungen nahmen wir teil, wie werden auch die weiteren Fachtagungen von jugendgerecht.de begleiten. Bei der Fachtagung „Zehn Jahre Eigenständige Jugendpolitik“ am 30.10.2019 waren wir auf dem Podium vertreten und diskutierten zum Thema: „Aus der Nische ins Rampenlicht? – Erreichtes, Gegenwart und Zukunft Eigenständiger Jugendpolitik“.

Jugenddialog: Jugendbeteiligung von der Kommune bis zur Europäischen Union

Der Jugenddialog ist das Instrument der EU-Jugendstrategie zur Umsetzung von Jugendbeteiligung in der Europäischen Union. Die EU-Jugendstrategie bildet den Rahmen der jugendpolitischen Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten. Die Jugendminister*innen der EU-Mitgliedstaaten haben die EU-Jugendstrategie für die Jahre 2019 bis 2027 beschlossen. Durch die EU-Jugendstrategie soll die Situation junger Menschen in der Europäischen Union verbessert werden.

Im Jugenddialog bekommen junge Menschen auf lokaler, regionaler, nationaler und EU-Ebene die Möglichkeit, über ihre Ideen und Forderungen mit politisch Verantwortlichen auf Augenhöhe zu diskutieren und gemeinsam Lösungsansätze zu entwickeln. Indem politisch Verantwortliche von den Anliegen und Forderungen junger Menschen erfahren, können sie diese bei ihren politischen Entscheidungen berücksichtigen. So können junge Menschen Politik in ihrem Sinne mitgestalten.

Der Jugenddialog verläuft in Zyklen. Ein Zyklus dauert 18 Monate – so lang wie eine Trio-Ratspräsidentschaft des Rates der Europäischen Union, an die der Jugenddialog gekoppelt ist. Mit dem Beginn der Trio-Ratspräsidentschaft von Deutschland, Portugal und Slowenien hat im Jugenddialog am 1.07.2020 der 8. Zyklus mit dem Titel „Europe for YOUth – YOUth for Europe: Space for Democracy and Participation“ begonnen. Überall in der Europäischen Union steht dabei für diese 18 Monate das Europäische Jugendziel #9 „Räume und Beteiligung für alle“ und dessen Umsetzung im Fokus.

Der Jugenddialog wird auf europäischer Ebene von einer Europäischen Lenkungsgruppe gestaltet. Die Europäische Lenkungsgruppe setzt sich aus Vertreter*innen der nationalen Jugendringe und der Jugendministerien der Länder der Trio-Ratspräsidentschaft, dem Europäischen Jugendforum und der Europäischen Kommission zusammen. Die Europäische Lenkungsgruppe, der wir als DBJR während der deutschen Ratspräsidentschaft gemeinsam mit dem BMFSFJ vorsitzen, hat die Grundlagen des 8. Zyklus des Jugenddialogs für die gesamte Europäische Union erarbeitet. Indem es im 8. Zyklus für 18 Monate nur um ein Thema (Europäisches Jugendziel #9) geht, hat sich der Jugenddialog mit Blick auf Jugendbeteiligungsstandards im Vergleich zum 7. Zyklus verbessert. Das neue Design sowie einige Formatveränderungen im 8. EU-Jugenddialog-Zyklus machen es möglich, den Jugenddialog – besonders in Zeiten der Corona-Krise und danach – als Instrument zur Stärkung junger Menschen und Jugendarbeit in der EU zu verwenden.



Die Ergebnisse des Jugenddialogs können in Schlussfolgerungen des Jugendminister*innenrates während der deutschen und portugiesischen Ratspräsidentschaft einfließen und werden die Entschlüsse des Jugendminister*innenrats zum Ende der Trio-Ratspräsidentschaft in Slowenien mitformen. Für die Zeit der deutschen Ratspräsidentschaft halten wir als DBJR gemeinsam mit dem BMFSFJ den Co-Vorsitz in der Europäischen Lenkungsgruppe. Somit sind wir maßgeblich an der Umsetzung wirksamer Jugendbeteiligung in der Europäischen Union beteiligt. Durch eine enge und intensive Zusammenarbeit der Jugendministerien aus Portugal, Slowenien und Deutschland, der Europäischen Kommission, der nationalen Jugendringe und dem Europäischen Jugendforum konnte die Rolle nationaler Jugendringe bereits vor Beginn der Trio-Ratspräsidentschaft gestärkt werden.

In Deutschland wird der Jugenddialog von uns koordiniert und auf nationaler Ebene umgesetzt. Die Umsetzung des Jugenddialogs wird in jedem EU-Mitgliedstaat von einer Nationalen Arbeitsgruppe begleitet. In Deutschland setzt sich die Nationale Arbeitsgruppe aus Vertreter*innen verschiedener Strukturen aller föderaler Ebenen der Jugend(verbands)arbeit und Jugendhilfe zusammen. Die Hauptaufgabe der Nationalen Arbeitsgruppe in Deutschland besteht darin, den Jugenddialog als Beteiligungsinstrument an die

Realitäten und die Rahmenbedingungen in Deutschland auf allen Ebenen anzupassen und zugänglich zu machen. So hat die Nationale Arbeitsgruppe in den letzten Monaten daran gearbeitet, den Jugenddialog in Deutschland sichtbarer zu machen, mit Blick auf Herausforderungen von Jugendbeteiligung zu formen und an bestehende Prozesse anzudocken.

*Junges Multiplikator*innen Programm „jump“*

Janine Wohlers (Rostock), Fabian Ernstberger (Neualbenreuth), Alexia Caprice Stella Lautenschläger (Potsdam), Alina Winter (Bremen), Anastasia Kozlova (Leipzig), Juliane von Steinaecker (Koblenz), Karoline Jobst (Krölpa), Katja Pfeiffer (Köln/Bonn), Nicolas Uhrberg (Witten), Lukas Arndt (Hamburg), Simon Lach (Wächtersbach), Anna-Sophie Kloppe (Berlin)

Junge Menschen können sich in verschiedenen Jugenddialog-Aktivitäten beteiligen, um ihre Forderungen und Anliegen gegenüber politisch Verantwortlichen auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene geltend zu machen. Dazu zählen unter anderem Jugenddialog-Events, Angebote des jungen Multiplikator*innen Programms „jump“, sowie Jugenddialog-Projekte. Im Fokus stehen dabei stets junge Menschen und das Diskutieren und Umsetzen ihrer Anliegen und Forderungen. Die Ergebnisse der Jugenddialog-Aktivitäten werden in Deutschland strukturiert gesammelt. Sie werden anschließend an politisch Verantwortliche auf allen Ebenen weitergegeben.

Im 7. Zyklus, der von Januar 2019 bis Juli 2020 lief, standen im Jugenddialog die Europäischen Jugendziele #7 „Gute Arbeit für alle“, #8 „Gutes Lernen für alle“ und #6 „Jugend im ländlichen Raum voranbringen“ im Fokus. Zu diesen Themen wurden in Deutschland Konsultations- und Dialogaktivitäten umgesetzt und strukturiert Dialogergebnisse gesammelt. Das jump-Team hat sich in Workshops und Weiterbildungen getroffen und in verschiedenen Ecken Deutschlands Ergebnisse gesammelt. Die Ergebnisse haben die drei EU-Jugendvertreter*innen auf den EU-Jugendkonferenzen in Finnland und Kroatien eingebracht. Auf bundesweiten Veranstaltungen haben die EU-Jugendvertreter*innen den Jugenddialog als Beteiligungsmöglichkeit bekannter gemacht. Auf regionalen Jugenddialog-Events, wie „JWD. Jugendliche wetten, dass...“ sind junge Menschen mit Politiker*innen in einen Dialog getreten und haben gemeinsam Lösungsansätze zu gestellten Forderungen erarbeitet. Mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie wurden alle Aktivitäten im ersten Halbjahr 2020 aus Sicherheitsgründen abgesagt, Jugenddialog-Aktivitäten angepasst sowie online veranstaltet. Das Ziel im Jugenddialog ist vor allem zu Krisenzeiten jungen Menschen zuzuhören, ihre Anliegen und Forderungen strukturiert zu sammeln und weiter an politisch Verantwortliche zu leiten. Aufgrund der anhaltend dynamischen Situation, formen Online-Formate auch im 8. Zyklus einen vergleichsweise größeren Teil des Jugenddialogs in Deutschland.

Im 8. Zyklus, der von Juli 2020 bis Dezember 2021 verläuft, stehen im Jugenddialog das Europäische Jugendziel #9 „Räume und Beteiligung für alle“ und dessen Umsetzung im Mittelpunkt. Auch dazu werden in ganz Deutschland Jugenddialog-Aktivitäten umgesetzt und strukturiert Ergebnisse gesammelt. Die Zusammenarbeit mit den Mitgliedsorganisationen und den Projektträger*innen von Jugenddialog-Projekten wird intensiviert. So wird der Jugenddialog als Instrument für Jugendbeteiligung sichtbarer, zugänglicher und somit wirksamer. Die Nationale Arbeitsgruppe hat intern eine Arbeitsgruppe gegründet, um die Umsetzung des Jugenddialogs mit Blick auf das Schwerpunktthema „Räume und Beteiligung für alle“ und aktuelle Herausforderungen für junge Menschen in Deutschland so jugendgerecht und wirksam wie möglich zu

gestalten. Eine Homepage sowie ein Instagram-Account helfen dabei, die Sichtbarkeit des Jugenddialogs zu vergrößern.

Das Youth Goal Lab

Zur Stärkung und Umsetzung aller elf Europäischen Jugendziele (European Youth Goals) sind wir als DBJR Teil einer strategischen Partnerschaft von fünf nationalen Jugendringen der EU und einem Wissenschaftler des Jugendsektors im europäischen Kontext. Gemeinsam wird daran gearbeitet, dass die Europäischen Jugendziele als Ergebnis eines EU-weiten Jugendbeteiligungsprozesses sichtbar und ihre Umsetzung sowohl vorangetrieben, als auch praktikabel und messbar werden. So werden im Youth Goal Lab Indikatoren zur Messung der Umsetzung von Europäischen Jugendzielen erarbeitet. Das Arbeiten mit den Europäischen Jugendzielen und der Austausch von „good practices“ zwischen den Nationalen Jugendringen führen zur allgemeinen Stärkung des EU-Jugenddialogs und somit zu mehr wirksamer Jugendbeteiligung in der Europäischen Union.

Die Umsetzung des Jugenddialogs in Deutschland wird an den Qualitätsstandards für Jugendbeteiligung ausgerichtet, um einen wirksamen Jugendbeteiligungsprozess zu ermöglichen.

Kinder- und Jugendwahl U18

Das Format der Kinder- und Jugendwahl U18 wurde bis Dezember 2019 als Projekt gefördert, in dem wir als DBJR die ausführende Bundeskoordinierung übernahmen. Seit Januar 2020 ist die Initiative zur politischen Bildung nun stetiger Teil unserer Arbeit im Referat Nationale Jugendpolitik und Grundlagen. Begleitet wird U18 inhaltlich sowohl von einem Beirat unter der Leitung des Deutschen Kinderhilfswerk e.V. (DKHW) als auch durch den konstanten Kontakt und das Feedback der Interessierten und Freiwilligen von regionaler Ebene bis Bundesebene.

Die Programmierung einer neuen Software zur Anmeldung bei den U18-Wahlen und Auswertung der Wahlergebnisse ist abgeschlossen und wird angewendet. Durch diese Erneuerung können Regional-, Landes- und Bundeskoordinierende effizienter mit den Datensätzen arbeiten. Für die User*innen ändert sich beispielsweise, dass Wahllokalbegleiter*innen mehrere Wahllokale auf eine einzelne verantwortliche Person anmelden können und dass die Anmeldung von Wahllokalmanager*innen unter 16 Jahren mit der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) ist und sie begleitet werden können.

Den ersten Testlauf der neuen Software (Bürgerschaftswahlen Hamburg) begleiteten wir proaktiv, zudem sind die Anmeldungen für die Wahlen in Nordrhein-Westfalen für den Herbst 2020 freigeschaltet.

In Vorbereitung auf das Superwahljahr 2021 wurde für U18 bereits mit der Gestaltung diverser Templates und Infografiken begonnen, sodass langfristig ein Materialpool zur freien Nutzung der Koordinierungen und Teilnehmenden entsteht, der immer weiter ausgebaut werden und Interessierten auch kurzfristig immer wieder zur Verfügung gestellt werden kann.

Wahlaltersenkung

Der Bundestag debattiert in dieser Legislatur die Wahlrechtsreform und setzt den Fokus auf die Reduzierung der Bundestagsmandate. Wir streben an, dass die Wahlrechtsreform ebenso die Senkung des Wahlalters vorsieht und sprechen unser Anliegen gegenüber Abgeordneten des Bundestages an. Außerdem haben wir uns mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen über einen vernetzten Austausch zum gemeinsamen Einsatz für die Wahlaltersenkung ausgetauscht. Dabei fällt immer wieder auf, dass bei dem Thema diverse Positionen von Wahlen ab Geburt, Stellvertreter*innenwahlrecht und Wahlen ab 16 oder 14 aufeinandertreffen. Diese unterschiedlichen Positionen erschweren ein gemeinsames Vorgehen. Wir begleiten den Vernetzungsprozess interessiert, versuchen aber unsere Positionen und Haltungen unabhängig davon weiter in die Öffentlichkeit zu tragen.

EUROPA GEMEINSAM GESTALTEN

Europa ist für junge Menschen kein Projekt mehr, sondern Lebensrealität. Als Jugendverbände und -ringe sind wir mehr denn je in der Pflicht, für unsere Vorstellungen von Europa zu streiten. Wir müssen uns engagieren, intensiver als bisher. Europa wird sich weiter entwickeln. Europa ist und bleibt die Antwort auf die aktuellen Herausforderungen.

Nicht zuletzt in der Pandemie hat man gesehen, wie wichtig ein gemeinsames Handeln ist und wie einzelne Mitgliedstaaten alleine nicht vorwärts kommen. Mobilität einzuschränken ist angesichts eines derartigen Virus gesundheitspolitisch notwendig, das Virus kennt keine nationalen Grenzen und verbreitet sich auch innerstaatlich schnell.

Durch die weltweiten Einreisebeschränkungen mussten zahlreiche Maßnahmen des internationalen Jugendaustauschs abrupt abgebrochen werden. Nach der Krise sind die internationale Zusammenarbeit und der internationale Jugendaustausch so wichtig wie lange nicht: Sie wirken gegen die vielen aufkommenden Vorurteile und die Renationalisierungen. Sie führen Menschen zusammen. Sie tragen maßgeblich zur europäischen Identität bei und fördern so die europäische Integration.

Ein Jahr nach der Europawahl – wo stehen wir?

Nach den Europawahlen im Mai 2019 ist die neue EU-Kommission fulminant, mit großen Worten und mit einer gestiegenen Wahlbeteiligung im Rücken gestartet. Die Kommissionspräsidentin hat bei ihrer Antrittsrede unter anderem eine Verdoppelung des Erasmus+ Programms versprochen. In den aktuellen Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen scheint davon nicht viel übrig.

Mit der Wahlbeteiligung sind aber auch die Erwartungen an die Europäische Union gestiegen, die vor dem ernüchternden Hintergrund der (Aus-)Wahl der Kommissionspräsidentin deutlich demokratischer werden muss. Dazu gehören nicht nur das Initiativrecht für das Parlament, sondern auch die Einführung von transnationalen Listen sowie einem richtig funktionierenden Spitzenkandidat*innen-System, um eine europäische Öffentlichkeit und die Politisierung des Europäischen Wahlkampfes zu fördern. Daran wird sich die EU-Kommission messen lassen müssen.

Vorbereitung und Start der deutschen Ratspräsidentschaft

Anfang 2020 haben wir uns auf die Ratspräsidentschaft, die Deutschland turnusgemäß im zweiten Halbjahr übernahm, vorbereitet. Für den Erfolg der Ratspräsidentschaft ist die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und – mit Bezug auf die europäische Jugendpolitik – mit den Jugendverbänden entscheidend. Deshalb haben wir im Vorstand eine Position mit konkreten Forderungen an die Bundesregierung beschlossen. [<https://go.dbjr.de/2020-p-aurat>]

Die Erwartungen an die deutsche Ratspräsidentschaft waren bereits vor der Pandemie groß. Und es stehen große Herausforderungen in der Europapolitik an, wie beispielsweise die Verhandlungen des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR), des Aufbau-Instruments „Next Generation EU“ und des Brexit. Die Corona-Pandemie und die bereits abzusehende Krise sind ein guter Ausgangspunkt, um handlungsfähiger zu werden und am Ende gemeinsam gestärkt aus der Situation hervorzugehen. Wir erwarten, dass Deutschland im Sinne des im Koalitionsvertrag beschriebenen „neuen Aufbruch für Europa“ eine aktive, gestaltende Rolle einnimmt. Auch wenn die Möglichkeiten einer Ratspräsidentschaft begrenzt sind, hat sich nicht zuletzt gezeigt, dass eine grundlegende Reform der EU notwendig ist. Europäische Herausforderungen brauchen europäische Lösungen: Daran möchten wir mitarbeiten.

Für die Ratspräsidentschaft haben wir deshalb sechs politische Schwerpunkte gesetzt. Wir fordern, dass die deutsche Ratspräsidentschaft folgende Punkte konkret vorantreibt:

- Eine starke Youth Work Agenda, die Jugendarbeit in Europa fördert
- Ein demokratisches Europa, das Grundrechte ins Zentrum stellt
- Ein Europa, in dem junge Menschen sich ohne Hindernisse austauschen können
- Eine europäische Sozialpolitik, die die Schieflage ausgleicht
- Eine Europäische Klima- und Nachhaltigkeitspolitik, die die Klimakrise überwindet
- Eine Europäische Asyl- und Migrationspolitik, die mit den europäischen Werten vereinbar ist

Mit diesen sechs Schwerpunkten gestalten wir die deutsche Ratspräsidentschaft mit. Wir erwarten, dass die Bundesregierung ihrer aktiven Rolle gerecht wird. Im aktuellen Zustand der EU sind diese sechs Schwerpunkte zentral: Damit die EU wieder handlungsfähig wird, die Mitgliedstaaten solidarisch und gerecht zusammenarbeiten und die junge Generation in einem besseren Europa leben kann. Mit diesen Forderungen bauen wir unsere Kontakte in Berlin aus, stärken unsere Sichtbarkeit als europapolitischer Akteur und nutzen den europäischen Moment, um etwa mit Bundesministerien ins Gespräch zu kommen und uns mit der Zivilgesellschaft zu vernetzen.

Eine solche Gelegenheit bot unter anderem das Berlin Forum Web Event, das am 4.07.2020 zu Beginn der deutschen Ratspräsidentschaft Jugendringsvertreter*innen von über 32 Jugendringen aus EU-Staaten, Ländern der östlichen Partnerschaft und dem Westbalkan zum Austausch zusammenbrachte. Bei dem digitalen Event wurde auch der Staatsminister für Europa beim Bundesminister des Auswärtigen, Michael Roth, zugeschaltet. Er berichtete über die Pläne der Bundesregierung für die Ratspräsidentschaft und rief die Jugendringe zu einer aufmerksamen und kritischen Begleitung der EU-Politik und der Ratspräsidentschaft auf. Im Anschluss an die EU-Jugendkonferenz im Oktober ist in Berlin das reale Berlin Forum geplant, zu dem Jugendringe aus 40 Ländern eingeladen sind und deren Teilnahmemöglichkeit über ein hybrides Format ermöglicht wird. Inhaltlich wird dabei der Austausch zum Thema Shrinking Space for Civil Society im Vordergrund stehen. Es werden auch Ergebnisse der EU-Jugendkonferenz vorgestellt sowie ein Zwischenbericht der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und ein Ausblick auf den deutschen Vorsitz im Ministerkomitee des Europarat gegeben.



Ab November 2020 bis Mai 2021 wird Deutschland den Vorsitz im Europarat übernehmen und voraussichtlich die dritte Jugendarbeitskonferenz des Europarats in Bonn organisieren. In deren Vorbereitung sind wir durch unsere Geschäftsführung im Beirat mit unseren Interessen vertreten. Sebastian Vogt (aej/DNK) sitzt zudem im jugendpolitischen Beirat des Europarats. Der jugendpolitische Beirat ist ein gutes Vorbild für Beteiligung der Jugend an der Finanzierung und Ausgestaltung der Jugendpolitik im Europarat. Anlässlich der Erarbeitung der Youth Work Agenda im EU-Jugendminister*innenrat erwarten wir von der Bundesregierung im Rahmen der Ratspräsidentschaft, dass sie sich für Instrumente einsetzt, diese gute Beteiligung auch auf EU-Ebene einzuführen. Ende Mai haben wir im DBJR-Vorstand zur Youth Work Agenda eine Position verabschiedet, mit der wir die Erarbeitung der Agenda mitgestalten wollen [<https://go.dbjr.de/2020-p-ywa>]. Nicht zuletzt während der Pandemie muss die Youth Work Agenda einen Fokus auf die Sicherung und den Ausbau der Arbeit der Jugendverbände und -ringe in Europa legen, sowohl aus politischer als auch aus finanzieller Perspektive. Insbesondere die Rolle der Jugendverbände als Werkstätten der Demokratie und als inklusive und lokal verankerte Mittler ist zentral für Youth Work, die stark auf lokaler Ebene verankert ist.

Netzwerkarbeit: DBJR als sichtbarer Akteur der europäischen Jugendpolitik

Wir werden als Akteur der europäischen Jugendpolitik wahrgenommen, der seine politischen Positionen einbringt. Gemeinsam mit Vertreter*innen der Mitgliedsorganisationen in der Arbeitsgruppe Europäische Jugendpolitik diskutieren wir Handlungsoptionen und politische Positionen für Vorstand und Hauptausschuss, um die vielfältigen europäischen Themen zu begleiten. In der Arbeitsgruppe laufen die Informationen über die unterschiedlichen Felder der europäischen Jugendpolitik zusammen. Ende 2019 hat sich die AG neu konstituiert und im Februar 2020 wurden zehn neue Mitglieder gewählt.

Der Vorstand tagte im März 2020 zu einer dreitägigen Klausur in Brüssel, um sich mit Blick auf die Ratspräsidentschaft Politik vor Ort anzuschauen und sich mit den europäischen Akteur*innen auszutauschen. Der

Vorstand traf sich mit verschiedenen Akteuren wie der Ständigen Vertretung Deutschlands zur EU, der Europäischen Kommission und zivilgesellschaftliche Akteur*innen zu unterschiedlichen europapolitischen Themen.

Regelmäßig sind wir in Brüssel vertreten, um uns mit den Stakeholdern der europäischen Jugendpolitik vor Ort auszutauschen. Aber auch in Berlin weiten wir unsere Kontakte aus und vernetzen uns. Auf europäischer Ebene bleibt der Kontakt zum Europäischen Jugendforum sowie zu anderen nationalen Jugendringen mit seinem fachlichen Austausch unverzichtbarer Bestandteil unserer Arbeit.

Bei der Vernetzung stehen neben den klassischen jugendpolitischen auch europapolitische Themen im Vordergrund, die für junge Menschen relevant sind. Basierend auf dem 2016 verabschiedeten Eckpunkte-Papier und unserer Position zum Mehrjährigen Finanzrahmen haben wir uns mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren in Brüssel vernetzt und unsere Rückmeldungen zum neuen Erasmus+-Programm gegeben. Dabei haben wir uns insbesondere auf mindestens eine Verdreifachung der Gelder und die Entbürokratisierung der Antragsverfahren fokussiert. Um unsere Forderungen einzubringen, arbeiten wir bezüglich des mehrjährigen Finanzrahmens eng abgestimmt mit dem Jugendforum und weiteren in Brüssel ansässigen Mitgliedsorganisationen oder Akteuren zusammen. Die Umsetzung der Programme in Deutschland gestalten wir im Nationalen Begleitausschuss Erasmus+ und dem nationalen Beirat Jugend in Aktion mit.

Durch die Mitarbeit im Vorstand des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschlands (EBD) stehen wir im Kontakt mit 249 Organisationen, Verbänden und Strukturen, die sich mit Fragen der europäischen Politik auseinandersetzen. Durch die EBD können wir unsere Beschlüsse und Positionen breit streuen und in die jährlichen politischen Forderungen der EBD aufnehmen lassen. Neben der aktiven Teilnahme an den EBD-Veranstaltungen (De-Briefings Minister*innenrat der EU und Vorstellung der Prioritäten der jeweiligen Ratspräsidentschaften) haben wir gemeinsam mit anderen EBD-Jugendorganisationen eine Vision Europa 2049 erarbeitet, die anlässlich des 70. Geburtstages der EBD Ende 2019 in Berlin vorgestellt wurde.

EU-Jugendstrategie

Die EU-Jugendstrategie bildet den Rahmen der jugendpolitischen Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten. Die Jugendminister*innen der EU-Mitgliedstaaten haben die EU-Jugendstrategie für die Jahre 2019 bis 2027 verabschiedet. Durch die EU-Jugendstrategie soll die Situation junger Menschen in der Europäischen Union verbessert werden. Der Jugenddialog ist ein EU-weites Jugendbeteiligungsinstrument zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie. Zu bestimmten Themen, wie den Europäischen Jugendzielen, werden Anliegen, Forderungen und Lösungsansätze strukturiert in den Mitgliedstaaten gesammelt und auf EU-Jugendkonferenzen mit politisch Verantwortlichen der EU diskutiert. So können junge Menschen auf politische Entscheidungen in der EU Einfluss nehmen. *[siehe Seite 11]*

EU-Jugendkonferenz

Ein bedeutsamer Moment europaweiter Jugendbeteiligung sind die EU-Jugendkonferenzen, die alle sechs Monate in dem Mitgliedsstaat organisiert werden, der die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union innehat. Sie sind integraler Bestandteil des Jugenddialogs. Im Rahmen der diesjährigen deutschen Ratspräsidentschaft haben wir gemeinsam mit dem BMFSFJ die Konzeption und Planung der EU-Jugendkonferenz in Berlin übernommen. Die Konferenz in Deutschland war eine große Konsultationsveranstaltung auf europäischer Ebene, auf der das Europäische Jugendziel #9 „Räume und Beteiligung für alle“ und dessen Umsetzung im Mittelpunkt standen.

Die Corona-Pandemie wirkte auch hier. Die ursprünglich geplante Konferenz zum Auftakt der Ratspräsidentschaft wurde von Anfang Juli auf den 02.-05.10.2020 verlegt und nur online umgesetzt. Für uns war dabei ein weitestgehend jugendgerechtes Setting wichtig. EU-Jugendkonferenzen sind besonders wichtig, um die Jugendvertreter*innen mit politisch Verantwortlichen zusammen zu bringen. Auf den EU-Jugendkonferenzen diskutieren sie gemeinsam über Themen, die jungen Menschen in der Europäischen Union wichtig sind, entwickeln Ideen und formulieren Forderungen und Lösungsansätze. So können die Ergebnisse in die politischen Prozesse auf der EU-Ebene einfließen. Für uns war daher entscheidend, mithilfe verschiedener Methoden jungen Menschen aus Europa Gehör zu verschaffen und einen echten Dialogmoment zu ermöglichen. Die nächste EU-Jugendkonferenz wird unter der portugiesischen Ratspräsidentschaft 2021 Ergebnisse der Berliner Jugendkonferenz aufgreifen.

HERAUSFORDERUNGEN DER KINDER- UND JUGENDARBEIT ANGEHEN – JUGENDHILFE WEITERENTWICKELN

Die vergangenen Monate haben uns gezeigt, wie wichtig eine (bundes-)gesetzliche Absicherung unserer Arbeit aber auch insgesamt der Angebote und Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit sowie der gesamten Kinder- und Jugendhilfe ist. Mit Beginn der Corona-Pandemie in Deutschland und unter dem Verweis auf die „Krise“ stand wieder die Debatte um sogenannte „freiwillige“ Leistungen im Raum. Auch wurde die Kinder- und Jugendhilfe teilweise in den Diskussionen auf Kinderbetreuung und Kinderschutz reduziert. Dass sich diese Sichtweisen flächendeckend durchsetzen, verhindert nach wie vor das Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII). Es ist Grundlage aber auch Impulsgeber und Rahmen für unsere Arbeit. Eine seiner wichtigsten Aussagen lautet nicht umsonst: „Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.“ (§ 1 (1) SGBV III). Der Kinder- und Jugendhilfe und damit dem Kinder- und Jugendhilfegesetz widmen wir daher im Interesse unserer Arbeit aber vor allem im Interesse aller jungen Menschen große Aufmerksamkeit.

SGB VIII Novelle

Der Beteiligungs- und Dialogprozess des BMFSFJ „Mitreden – Mitgestalten: Die Zukunft der Kinder- und Jugendhilfe“ endete am 10.12.2019 mit einer Abschlusskonferenz. Dort wurde der Abschlussbericht [<https://go.dbjr.de/2020-bmfsfjsgb8>] des Prozesses erstmals vorgestellt. Wir waren Mitglied der Arbeitsgruppe „SGB VIII: Mitreden – Mitgestalten“, die im Berichtszeitraum fünfmal tagte. Aufgabe der Arbeitsgruppe war es, Kernthemen zu erörtern und mögliche Kompromisslinien für eine Reform abzuklopfen. Durch die Arbeitsgruppe wurden keine Beschlüsse für die folgende Gesetzgebung getroffen. Der vorgestellte Abschlussbericht bündelt die Ergebnisse des Dialogprozesses und dient als Grundlage für die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes durch das BMFSFJ. Der Entwurf enthält wichtige Forderungen und dient aus unserer Sicht als Grundlage für das weitere Gesetzgebungsverfahren.

Die wichtigsten Ziele für das neue Kinder- und Jugendstärkungsgesetz sind laut Aussagen des BMFSFJ auf dem Abschlusskongress: Mehr Beteiligung von jungen Menschen, Eltern und Familien, besserer Kinder- und Jugendschutz, Stärkung von Pflege- und Heimkindern, mehr Prävention vor Ort und Hilfen aus einer Hand für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen.

Besonders das klare Bekenntnis zu einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe ist aus unserer Sicht enorm wichtig und richtig. Es folgt dem Appell „Exklusion beenden“ [<https://go.dbjr.de/2020-p-appell>], den wir gemeinsam mit zahlreichen weiteren Organisationen unterzeichneten. Weitere wichtige Ergebnisse, die es umzusetzen gilt sind unter anderem die gesetzliche Verankerung unabhängiger Ombudsstellen, eine wirkungsvollere Heimaufsicht und eine Verschärfung der Anforderungen bei Auslandsmaßnahmen zum verbesserten Schutz von Kindern und Jugendlichen.

Welche Maßnahmen aus dem Abschlussbericht die Bundesjugendministerin konkret in Angriff nehmen will und in welcher Form, wird erst der Referent*innen-Entwurf für die Novelle zeigen. Erst dann werden wir eine fundierte Bewertung vornehmen können.

Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter

Im Gegensatz zur Novelle des SGB VIII ist Beteiligung oder Einbeziehung der Fachorganisationen beim parallel laufenden Prozess zur Schaffung eines Rechtsanspruches auf Ganztagsbetreuung für Grundschul- kinder als Leistung der Kinder- und Jugendhilfe offenbar nicht gewünscht. Im Koalitionsvertrag für die 19. Legislaturperiode hat die Bundesregierung beschlossen, bis 2025 für alle Kinder bzw. ihre Eltern im Grundschulalter einen Rechtsanspruch auf Betreuung auch am Nachmittag einzuführen, der über den Rechtskreis des SGB VIII geregelt werden soll. So wie jetzt bereits für Kinder im Vorschulalter, hätten dann alle Eltern gegenüber dem Jugendamt den Anspruch, dass ihr Kind auch im Grundschulalter ganztägig betreut wird. Seit über einem Jahr tagt dazu eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe und im BMFSFJ wird an einem entsprechen Gesetzentwurf gearbeitet – weitgehend hinter verschlossenen Türen. Ein strukturelles Einbeziehen der Fachorganisationen und Expert*innen der Zivilgesellschaft gibt es leider nicht. Weiterhin sehen wir kaum Antworten bzw. Ansätze auf die vielen Fragen bzw. Herausforderungen, die dieses Vorha-

ben aufwirft oder mit sich bringt (zum Beispiel Fachkräftemangel, räumliche Bedingungen in den Schulen etc.). Als Interessenvertretung junger Menschen sehen wir besonders kritisch, dass trotz der entsprechenden Erfahrungen bei der Einführung des Rechtsanspruches im Vorschulalter, die Frage der Qualität, wie sie erst jetzt für den Bereich Kindertagesstätten ebenfalls als Teil der Koalitionsvertrag angegangen wird, nur eine geringe Rolle spielt.

Doch auch die möglicherweise massiven Veränderungen im SGB VIII, in der Kinder- und Jugendhilfe und für die Arbeit der Jugendverbände und -ringe haben wir im Blick. Die Aufnahme eines zusätzlichen subjektiven Rechtsanspruches im SGB VIII muss ausreichend finanziert werden, damit dies vor Ort nicht wieder zu Lasten der Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit geht. Ebenso wichtig sind Konzepte für entsprechende Angebote, die eine Kooperation mit bzw. Einbeziehung der Jugendverbände und -ringe bzw. ihrer Angebote auf Augenhöhe zulässt. Zudem ist aber auch im Grundschulalter der Bedarf für junge Menschen groß, auch außerhalb von Schule Freizeitaktivitäten nachzugehen.

Aus diesen Gründen bringen wir uns dort ein, wo das Thema auf fachlicher und fachpolitischer Ebene beraten wird. So waren wir in arbeitsfeldübergreifenden Arbeitsgruppe zum Thema „Ganztagsbildung“ der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) vertreten und arbeiteten in einer entsprechenden AG des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. (DV) mit. Deren Ergebnis, die „Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Implementierung und Ausgestaltung eines Rechtsanspruches auf ganztägige Erziehung, Bildung und Betreuung für schulpflichtige Kinder in der Grundschulzeit“ wurden Ende 2019 veröffentlicht. [<https://go.dbjr.de/2020-dv-ganzttag>]



Aus unsere Sicht greifen die meisten Debatten um Ganztagsbetreuung, Ganztagsbildung oder Ganztagschule deutlich zu kurz und gehen oft an den Interessen der jungen Menschen vorbei. Bildung ist weder (tages-)zeitlich begrenzt noch auf Angebote von (einzelnen) Institutionen. In diesem Sinne findet Ganztagsbildung immer statt – auch unabhängig von konkreten institutionellen Angeboten, die unter diesem Label angeboten werden. Ebenfalls in diesem Sinne sehen Jugendverbände und -ringe als Aufgabe der Gesellschaft, mit all ihren Akteuren, Organisationen und Institutionen diese im umfassendsten Sinne ganztägig ablaufenden Bildungsprozesse zu ermöglichen, bestmöglich zu unterstützen, vor allem aber sie zumindest nicht zu behindern oder gar unmöglich zu machen. Das bedeutet, nicht nur vielfältige und qualitativ hochwertige Angebote zu machen – sei es durch Schule, durch die Kinder- und Jugendhilfe oder andere Akteure. Es bedeutet mindestens ebenso, Jugendlichen ihre Freiräume zu lassen. Dazu haben Vertreter*innen des DBJR den Beitrag „Ein ganzer guter Tag aus der Sicht Jugendlicher“ im Heft 1/2020 des FORUM Jugendhilfe der AGJ publiziert. [<https://go.dbjr.de/2020-agj-forum1>]

Junge Menschen vor sexualisierter Gewalt schützen

Wir engagieren uns seit vielen Jahren für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt. Er ist ein unverzichtbares Element unseres Selbstverständnisses als Jugendverbände und -ringe. Wir stärken junge Menschen, damit sie ihre eigenen Grenzen und Grenzverletzungen erkennen und klar benennen können. Ein umfassender Ansatz präventiver Arbeit gegen sexualisierte Gewalt bedeutet für uns aber vor allem, in unseren eigenen Strukturen und in unseren Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit Schutzmaßnahmen zu entwickeln und umzusetzen. Gleichzeitig setzen wir uns fachlich und politisch dafür ein, dass dies auch in allen anderen Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit und der gesamten Kinder- und Jugendhilfe geschieht.

Ein wichtiger Partner war und ist für uns dabei der Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM). 2019 hat das Bundeskabinett das Amt für weitere fünf Jahre an Johannes-Wilhelm Rörig übertragen, mit dem uns seit vielen Jahren eine gute und konstruktive Arbeit verbindet. Aus diesem Anlass führten wir im Januar 2020 ein Gespräch mit dem Beauftragten zur weiteren Zusammenarbeit. Dabei tauschten wir uns über aktuelle Maßnahmen in unseren Mitgliedsorganisationen, unsere Rolle im Nationalen Rat gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen sowie fehlende Strukturen zur Unterstützung von Präventions- und Interventionsmaßnahmen in der Jugendverbandsarbeit aus.

Konkret haben wir unter anderem problematisiert, dass in einigen Feldern der Kinder- und Jugendhilfe – sei es in der Jugendverbandsarbeit, der offenen Kinder- und Jugendarbeit, aber auch der Jugendsozialarbeit – geeignete Anlauf- und Beratungsstellen im Bereich der sexualisierten Gewalt fehlen. Das liegt unter anderem daran, dass das Netz der entsprechenden Stellen sehr dünn ist und oftmals die notwendigen Kenntnisse gerade über die Jugendverbandsarbeit, unsere Strukturen und die Besonderheiten der vorrangig ehrenamtlichen Arbeit fehlen. Vor diesem Hintergrund haben wir uns 2019 auch der Forderung „100% für Beratung“ nach flächendeckenden Beratungsstellen angeschlossen. Dargestellt haben wir in diesem Zusammenhang auch die Bedarfe einer entsprechenden Finanzierung, um geeignete Beratungs- und Unterstützungsstrukturen zur Implementierung und Weiterentwicklung von Präventions- und Interventionskonzepten in der Jugendverbandsarbeit aufzubauen. Der Unabhängige Beauftragte machte deutlich, dass er dieses Vorhaben politisch unterstützt.

Ebenfalls angesprochen wurde das Thema Kinderschutz in Bezug auf Schule, weil der anstehende Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter in diesem Themenfeld neue Herausforderungen mit sich bringen wird und einer intensiven Auseinandersetzung bedarf.

Im Dezember 2019 haben die Bundesjugendministerin und der USBKM den Nationalen Rat gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen konstituiert. Dieser ist zehn Jahre nach Einrichtung des Runden Tisches „Sexueller Kindesmissbrauch“ der Ort für den langfristig angelegten interdisziplinären Dialog zwischen den staatlichen und nichtstaatlichen Verantwortungsträgern. Der Nationale Rat soll bis Sommer 2021 Ziele und konkrete Umsetzungsschritte erarbeiten, die zu spürbaren Verbesserungen bei Prävention, Intervention und Hilfen sowie bei Forschung zu sexueller Gewalt und Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen in deren Lebenswelten führen. Der Nationale Rat wird in vier thematischen Arbeitsgruppen arbeiten. In die AG Schutz und Hilfen bringen wir DBJR unsere Expertise ein.

Zusammenarbeit und Vernetzung für die Kinder- und Jugendarbeit

Die Kinder- und Jugendarbeit ist für uns Jugendverbände und -ringe aber auch für viele Kinder und Jugendliche das wichtigste Handlungsfeld der Kinder- und Jugendhilfe. Es hält für alle jungen Menschen wesentliche Angebote der außerschulischen Jugendbildung, der Jugendarbeit in Sport, Spiel und Geselligkeit, der arbeitswelt-, schul- und familienbezogenen Jugendarbeit, der internationalen Jugendarbeit, der Kinder- und Jugenderholung und der Beratung junger Menschen bereit. Dem entsprechend ist die Pluralität der Träger sowie der Angebotsformen, Inhalte, Maßnahmen und Werte sehr hoch. Gleichzeitig wird Kinder- und Jugendarbeit als nachrangig behandelt, weil – anders als in anderen Handlungsfeldern – der einzelne junge Mensch keinen individuellen und einklagbaren Rechtsanspruch hat. Der Umgang mit den Angeboten und (freien) Trägern der Kinder- und Jugendarbeit im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie hat dies mehr als deutlich gemacht.

Aus diesem Grund machen wir uns für eine stärkere Zusammenarbeit und Vernetzung der unterschiedlichen Bereiche der Kinder- und Jugendarbeit und ihrer Organisationen sowie für eine bessere Sichtbarkeit stark. Dies war auch die Motivation für den Beschluss unseres Hauptausschuss 2016, dass sich der DBJR intensiv für eine Verstärkung des Bundeskongresses Kinder- und Jugendarbeit einsetzt, der 2016 erst zum zweiten Mal stattfand. Das haben wir zusammen mit unseren Partner*innen erfolgreich getan. Viel Arbeit haben wir sowohl auf politischer als auch fachlicher Eben in den kommenden Kongress gesteckt, unter anderem als Mitglied im Bereich des Kongresses und durch viele Vorschläge und Anregungen für Themen und Veranstaltungen. Der 3. Bundeskongress Kinder- und Jugendarbeit war vom 21.-23.09.2020 in Nürnberg mit einem vielfältigen und breiten Programm geplant – und wäre sicher ein voller Erfolg gewesen, wenn die Pandemie ihn nicht verhindert hätte. So aber musste der 3. Bundeskongress Kinder- und Jugendarbeit um ein Jahr verschoben werden und ist nun vom 20.-22.09.2021 in Nürnberg geplant. Die unklare Situation bei der Bekämpfung der Pandemie und die Herausforderungen und Veränderungen im Feld der Kinder- und Jugendarbeit, die die entsprechenden Maßnahmen mit sich gebracht haben, hätten es nach Einschätzung

aller Beteiligten nicht zugelassen, den Bundeskongress in seiner geplanten Form, mit seinem besonderen Charakter, mit der Begegnung und dem direkten Austausch in diesem Jahr umzusetzen.

Viele Themen sind aber gerade jetzt aktuell. Sie sind durch die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie entstanden oder haben sich deutlich verschärft. Dazu gibt es vieles, was berichtet, ausgetauscht und diskutiert werden sollte. Daher haben die Verantwortlichen für den Kongress digitale Möglichkeiten geschaffen, sich mit anderen Vertreter*innen aus Wissenschaft, Fachpraxis, Verwaltung und Politik über Ideen, Herausforderungen und Lösungswege der letzten Monate auszutauschen und gemeinsam auf das kommende Jahr zu blicken. Am ursprünglichen Kongresstermin wurde ein digitales Programm angeboten. Dabei übernahmen wir gemeinsam mit der Gemeinsamen Initiative der Träger Politischer Jugendbildung im bap (GEMINI) die Federführung des virtuellen Themenraums zur politischen Stimme der Jugend.

Als weiteren Baustein für eine bessere Vernetzung haben wir gemeinsam mit anderen Organisationen das Bundesnetzwerk Kinder- und Jugendarbeit gegründet und sind im Sprecher*innen-Kreis vertreten. Das Netzwerk soll Kinder- und Jugendarbeit auf Bundesebene stärken, den Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis verbessern sowie mehr Forschung über Kinder- und Jugendarbeit anregen. Schwerpunkt des Bundesnetzwerks Kinder- und Jugendarbeit wird die regelmäßige Ausrichtung eines Bundeskongresses Kinder- und Jugendarbeit sein. Zu den Gründungsmitgliedern des Netzwerks gehören neben uns die Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen, die BKJ, die dsj, die politische Jugendbildung, die Bundesarbeitsgemeinschaften Mädchen- bzw. Jungenarbeit, IJAB - Fachstelle für Internationale Jugendarbeit sowie die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter und Wissenschaftler*innen, die im Bereich Kinder- und Jugendarbeit forschen.

Vernetzung der Jugendverbände in der AGJ

Die Herausforderungen für die gesamte Kinder- und Jugendhilfe, zu der auch wir Jugendverbände und -ringe gehören, sind enorm und eine konstruktive Zusammenarbeit mit Partner*innen ist immer wichtiger. Die AGJ als das Forum und Netzwerk bundeszentraler Zusammenschlüsse, Organisationen und Institutionen der freien und öffentlichen Jugendhilfe in Deutschland gehört dabei für uns zu den langjährigsten und wichtigsten Partner*innen. Ziel der Zusammenarbeit mit und in der AGJ ist die jugend- und fachpolitische Kommunikation und Kooperation auf der Bundesebene, aber auch im europäischen Kontext. Von den gut 100 Mitgliedern der AGJ gehören 35 zur Mitgliedergruppe „Bundeszentrale Jugendverbände und Landesjugendringe“. Als stellvertretender Vorsitzender der AGJ ist Björn Bertram (Landesjugendring Niedersachsen) eines der Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes der AGJ. Jugendverbände und -ringe sowie die dsj entsenden drei Delegierte in den AGJ-Vorstand und sind mit insgesamt elf Expert*innen in den sechs Fachausschüssen der AGJ sowie in arbeitsfeldübergreifenden Arbeitsgruppen (zum Beispiel zur Novelle SGB VIII oder zur Ganztagsbetreuung) vertreten. Wir als DBJR sind selbst nicht Mitglied der AGJ, nehmen aber die Federführung der Mitgliedergruppe wahr und unterstützen und beraten ihre Vertreter*innen in Fachausschüssen der AGJ, im AGJ-Vorstand und im Geschäftsführenden Vorstand der AGJ. Darüber hinaus organisieren wir einen intensiven fachlichen Austausch. So gehören beispielsweise Expert*innen aus der Geschäftsstelle zu den Mitgliedern der Fachausschüsse und arbeiten in anlassbezogenen Arbeitsgruppen der AGJ mit. Weiterhin gibt es eine enge Zusammenarbeit zwischen den Geschäftsstellen zum Nutzen beider Organisationen und ihrer Mitglieder. Für eine zentrale Veranstaltung der AGJ, dem Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag im Jahr 2021 organisieren wir federführend für unsere Mitgliedergruppe eine Leitveranstaltung zum Thema „Politische Jugendbildung und Kinder- und Jugendarbeit“.

Politische Bildung in den Fokus rücken

Als Querschnittsthema ist politische Bildung in der Jugendverbandsarbeit von jeher präsent. Unser Verständnis von Jugendverbänden als Werkstätten der Demokratie wird mit dem gesteigerten Interesse an politischer Bildung, wie es von Politik und Gesellschaft an uns herangetragen wird, immer relevanter. Allerdings geht unser Verständnis von politischer Bildung weit darüber hinaus, lediglich anlassbezogene Reaktion auf antidemokratische Tendenzen zu sein. Politische Bildung geht einher mit der Vermittlung von Werten und dem Lernen durch erlebbare, reale demokratische Erfahrungen. Diese Perspektive zu schützen und dauerhaft in politische und gesellschaftliche Diskussionen einbringen zu können, ist uns wichtig.

Deshalb wurde im Anschluss an den Schwerpunkt des Hauptausschusses zur politischen Bildung im September 2019 eine Stelle im Bereich Grundlagen des DBJR eingerichtet, die für den Themenbereich politi-

sche Bildung und die Planung und Umsetzung der Kinder- und Jugendwahl U18 zuständig ist. Der Antrag zur politischen Bildung bei der DBJR Vollversammlung 2020 zielt zusätzlich darauf ab, unsere gemeinsame Haltung und unser Profil zu politischer Bildung zu schärfen. Bei einem digitalen Workshop im Juni 2020 mit Vertreter*innen der Mitgliederorganisationen wurden die Themen und Schwerpunkte des Antrags geplant. Im direkten Anschluss an den Termin organisierten wir ein digitales „Nachdenken über...“ mit Thomas Krüger von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) zum Thema außerschulische politische Bildung.

Mit der geplanten Veröffentlichung des 16. Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung zum Thema „Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“ im Herbst 2020 und vor dem Hintergrund der zahlreichen Wahlen und politischen Ereignisse des kommenden Jahres erwarten wir, dass sich die Tendenz für die Aufmerksamkeit zu dem Thema weiter verstärkt.

Jugendreisen

Die besondere Rolle und Qualität der jugendverbandlichen Reisen hervorzuheben, ist für uns ein wichtiges Ziel in Gesprächen mit Politiker*innen und mit unseren Mitgliedsorganisationen. Daher laden wir mehrmals im Jahr zur Werkstatt Jugendreisen. Das Treffen ist für alle Interessierten aus den Mitgliedsorganisationen zum Thema Jugendreisen und -freizeiten sowie andere Formen der Jugendarbeit mit Ortsveränderung offen. Auf den letzten Treffen haben wir uns insbesondere mit der Qualität von jugendverbandlichen Freizeitmaßnahmen, nachhaltigen Jugendreisen, Erfahrungen von LGBTIQ-Jugendlichen auf Freizeiten sowie mit der Koordination der Arbeit einiger Jugendverbände im BundesForum Kinder- und Jugendreisen e.V. beschäftigt. Seit dem Frühjahr standen die Mitglieder der Werkstatt insbesondere zu den Auswirkungen der Corona-Krisen auf die Freizeitarbeit im Austausch.

Auf Basis unseres Positionspapier zur Qualität von jugendverbandlichen Freizeitmaßnahmen führten wir Gespräche mit Abgeordneten des Tourismusausschusses des Bundestages. Im November 2019 luden wir zusammen mit dem BundesForum Kinder- und Jugendreisen e.V. zu einem gemeinsamen Fachtag zu Freizeiten mit jungen Geflüchteten. Neben den konzeptionellen und praktischen Erfahrungen aus der Jugendarbeit stand vor allem der Fokus auf rechtlichen Fragen im Mittelpunkt.

In der Kommission zum 16. Kinder- und Jugendbericht arbeitete für uns Christian Weis, Leiter des Referates Grundlagenarbeit und nationale Jugendpolitik, mit. Der Bericht wurde dem BMFSFJ Anfang September 2020 übergeben. Dort wird vor der Veröffentlichung federführend die Stellungnahme der Bundesregierung erarbeitet.

FINANZIERUNG DER JUGENDVERBÄNDE AUSBAUEN

Verschiedenste Herausforderungen waren zur Finanzierung unserer Arbeit zu bewältigen. Zunächst stand die Anpassung der internen Abläufe zur Mittelverteilung wegen neu aufgekommener Fragen nach Umsetzung der neuen KJP-Richtlinie an. Die Klausur der KJP-Kommission befasste sich mit dem Thema der internationalen Mittel. Als Gäste stellten Marie-Luise Dreber (IJAB) und Christine Mähler (ConAct) aktuelle Herausforderungen und die Förderpraxis vor. Es zeigte sich insbesondere in einer Umfrage des IJAB, dass neben einer bereits lange geforderten Erhöhung der Fördermittel im internationalen Bereich auch die Förderbedingungen an die aktuelle Realität der Jugendarbeit angepasst werden müssten.

Die im Dezember 2019 neu gewählte KJP-Kommission hatte bereits aus dem Vorjahr den Auftrag übernommen, die interne Leitlinie im Bereich der internationalen Förderung und damit die Dynamisierung zu überarbeiten. Das Ziel, alle langfristig an die Verbände im Rahmen des KJP ausgezahlten Mittel in den Verteilungsschlüssel aufzunehmen, konnte leider bisher noch nicht realisiert werden. Hierzu werden weiterhin Gespräche mit dem BMFSFJ geführt. Wegen der Corona-bedingten schwierigen Situation der internationalen Arbeit mussten hier aber für das Jahr 2021 zwischenzeitlich weitere Überbrückungsmaßnahmen erfolgen.

Eine von der KJP-Kommission verfasste Evaluation der Einführung der KJP-Richtlinie wurde vom BMFSFJ sehr begrüßt und konnte in der Handlungsfeld übergreifenden Arbeitsgruppe (HüAG) diskutiert werden. Außerdem wurde auf Empfehlung der KJP-Kommission die Handlungsspezifische Arbeitsgruppe (HsAG) Jugendverbandsarbeit eingerichtet, die jährlich tagen soll und an die bisherige Programmspezifische Arbeitsgruppe (PsAG) Jugendverbandsarbeit anknüpft.

Eine angekündigte Reform des Gemeinnützigkeitsrechts sowie die Neuauslegung des bestehenden Gemeinnützigkeitsrechts bzw. die Neuinterpretation der Umsetzung der gesetzlichen Regelungen und deren Auswirkungen für Jugendverbände und die Zivilgesellschaft in Deutschland beschäftigen uns außerdem. Im Bündnis für Gemeinnützigkeit (BfG) arbeiten wir mit den großen Dachverbänden der Zivilgesellschaft gemeinsam daran, das Gemeinnützigkeitsrecht in unserem Sinne weiterzuentwickeln. Aufgrund kurzfristiger Ideen verschiedenster Ministerien wurden mehrfach Gespräche geführt, um auf die Bedarfe der Zivilgesellschaft aufmerksam zu machen. Eine umfassende Reform des Gemeinnützigkeitsrechts steht trotz aller Ankündigungen bisher noch aus.

Die Gründung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt begleiteten wir kritisch. Unsere Kritik an einer für die Zivilgesellschaft nicht ausreichenden Beteiligung sowohl am Prozess der Errichtung als auch am Ergebnis stellten wir mehrfach heraus und nutzten die entsprechenden formellen Beteiligungsverfahren. Wir machten deutlich, dass die Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen darin besteht, die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement und ehrenamtliche Tätigkeiten abzusichern und zu stärken, weil eine gelebte Demokratie eine aktiv mitgestaltende Zivilgesellschaft braucht. Diesen Teil der Zivilgesellschaft gilt es durch gute Rahmenbedingungen in ihrer Handlungsfähigkeit zu unterstützen. Das Bündeln von Beratungsexpertise und Haushaltsmitteln in einem staatlich dominierten Gestaltungsrahmen widerspricht aus unserer Perspektive der Rollenverteilung von Staat und Zivilgesellschaft in einem subsidiär orientierten Staat. Wir begrüßen, dass mit dem Bund der Deutschen Landjugend (BDL) eine unserer Mitgliedsorganisationen einen Sitz im Stiftungsrat haben wird. Dennoch bleibt unseres Erachtens weiterhin die Gefahr der Entstehung einer Parallelstruktur.

Corona-Finanzhilfen

Frühzeitig informierte das BMFSFJ darüber, dass die aktuelle Förderung der Jugendverbände auf Bundesebene durch die Corona-Pandemie nicht beeinflusst wird. Gleichwohl beeinflusste die Pandemie erheblich die Planungen und damit die Finanzierung der Verbände. Besonders negativ betroffen von der Lage waren und sind Häuser und Jugendbildungsstätten – auch in Trägerschaft der Mitgliedsorganisationen. Durch angeordnete Schließungen bzw. nur sehr geringe Belegungszahlen aufgrund der Hygienekonzepte fehlen vielen Einrichtungen Einnahmen. Sie stehen trotz Hilfezusagen vor einer existenzbedrohenden wirtschaftlichen Situation. In enger Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB), der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ) und der Deutschen Sportjugend (dsj) setzten wir uns als große Dachverbände der Jugendverbandsarbeit dafür ein, dass ein entsprechender Rettungsschirm für gemeinnützige Einrichtungen gespannt wurde. Nach intensiven Gesprächen mit vielen Beteiligten gelang es uns leider nicht, die entsprechenden Bedarfe im Konjunkturpaket abgedeckt

zu sehen. Ansätze der im Konjunkturpaket verabschiedeten Maßnahmen bieten auch Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe Möglichkeiten, Anträge zu stellen. Weil die Maßnahmen aber ihren Schwerpunkt bei anderen Zielgruppen haben, werden die Bedarfe unserer Strukturen bei den Krediten und Überbrückungshilfen leider nur zum Teil berücksichtigt. Durch entsprechende Lobbyaktivitäten gelang es im Nachtragshaushalt, den der Bundestag in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause verabschiedete, 75 Millionen für die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe vornehmlich mit Übernachtungsbetrieb zu erstreiten. Bei der Ausgestaltung des Programms standen wir dem BMFSFJ beratend zur Seite. Dennoch sind nicht alle unsere Empfehlungen aufgegriffen worden. Zugleich gibt es ein Sonderprogramm, in dem der DBJR den Bundesverbänden begleitend zur Seite steht und Mittel des Bundes weitergeben kann. Es bleibt für uns ein wichtiges Thema, uns für die Rettung der Infrastruktur der Einrichtungen einzusetzen, die noch weit über 2020 hinaus mit den Auswirkungen der Pandemie umgehen werden muss.



SOLIDARISCH UND IN VIELFALT VEREINT HANDELN

Junge Menschen brauchen eine solidarische Gesellschaft, um ihr Leben gestalten zu können. Zugleich wollen sie selbst unterstützen, anderen helfen. Sie erwarten zurecht faire Bedingungen für ihr Aufwachsen. Im Interesse junger Menschen und mit ihnen gemeinsam engagieren wir uns als Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände und Landesjugendringe für eine gerechte, solidarische und vielfältige Gesellschaft, in der alle teilhaben und in Würde leben können.

Kinderrechte umfassend umsetzen!

Im Jahr 2019 ist die UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) 30 Jahre alt geworden. In der Konvention werden Kinder als eigenständige Träger*innen von Menschenrechten benannt. Es gibt klare Aussagen zu deren besonderen Schutz-, Fürsorge- und Beteiligungsrechten. Mehr als 25 Jahre nach der Ratifizierung der UN-KRK durch die Bundesrepublik sind die Chancen so gut wie nie, dass Kinderrechte in das Grundgesetz aufgenommen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass eine umfassende und wirkungsvolle Aufnahme der Kinderrechte im Grundgesetz gelingt. Mit Bezug auf unsere Beschlusslage zu Kinderrechte in das Grundgesetz aus dem Hauptausschuss 2018 haben wir uns zum Ergebnis der so genannten Bund-Länder-AG zu Erarbeitung eines Gesetzesvorschlags geäußert. Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) hat daraufhin einen Vorschlag zur Verankerung vorgelegt, den wir ebenso wie viele andere zivilgesellschaftlichen Organisationen kritisieren. Wir fordern, dass das Wohl des Kindes Vorrang bei allen Kinder betreffenden Maßnahmen hat sowie Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nicht nur mit Blick auf „rechtliches Gehör“ ermöglicht wird. Wir tauschen uns zum gemeinsamen Vorgehen mit anderen Akteur*innen unter anderem der AGJ, der National Coalition Deutschland (NC) oder mit dem Deutschen Institut für Menschenrecht aus. Im März hatten wir dazu ein Gespräch mit dem jugendpolitischen Sprecher der FDP-Fraktion und stehen in Kontakt mit den anderen Oppositionsparteien. Zur Umsetzung der Kinderrechte im Grundgesetz ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag notwendig, wozu die Opposition benötigt wird.

Im Herbst 2019 wurde außerdem der Ergänzende Bericht der Zivilgesellschaft zum 5. und 6. Staatenbericht Deutschlands zur Umsetzung der UN-KRK verabschiedet [<https://go.dbjr.de/2020-unkrk>]. Dieser macht deutlich, dass in Deutschland auch weiterhin zahlreiche Kinderrechte verletzt werden. Viele Jugendverbände haben in der NC an diesem Bericht mitgeschrieben. Dabei haben sie in Zusammenarbeit mit uns den Bereich Beteiligung, Freiräume, eigenständige Jugendpolitik verantwortet. Alle Berichte liegen dem zuständigen UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes vor und werden dort Anfang 2021 beraten. Zivilgesellschaftliche Vertreter*innen werden über die NC an der Anhörung teilnehmen.

Die NC soll die Zivilgesellschaft im Bereich Kinderrechte bündeln. Ihr Auftrag ist, die UN-KRK bekannt zu machen und weiter zu entwickeln, die Einhaltung bzw. Umsetzung der UN-KRK zivilgesellschaftlich zu überwachen und den ergänzenden Bericht zum jeweiligen Staatenbericht Deutschlands zu verfassen. Einzelne unserer Mitgliedsorganisationen sind Mitglied der NC. Daher vernetzen wir die Jugendverbände in der NC untereinander und unterstützen die Jugendverbandsvertreter*innen im erweiterten Vorstand der NC.

Kinder- und Jugendarmut

Die ersten Studien zeigen, dass die Auswirkungen der Corona-Krise mittelfristig zu einem Anstieg von Kinder- und Jugendarmut in Deutschland und Europa führen werden. Viele junge Menschen leben bereits in prekären Verhältnissen und sind von den Krisenfolgen besonders betroffen. Bei jungen Menschen bis 25 Jahre ist jede vierte Person dieser Altersgruppe von Armut oder Armutsgefahr betroffen. Ihre Lage wird durch die wachsenden existenziellen Nöte vieler Familien verschärft und ihre Teilhabe weiter eingeschränkt. Wir wiesen im vergangenen Jahr verstärkt auf die Herausforderungen von Kinder- und insbesondere Jugendarmut hin. Wir verfolgten das Ziel, im fachlichen und gesellschaftlichen Diskurs zu Armut, Jugendarmut als ein besonderes Phänomen mit besonderen Ursachen, Folgen und Maßnahmen zu betrachten. Unter anderem sammelten wir im Nachgang unseres Fachtages zu Jugendarmut und darüber hinaus eine Reihe von Artikeln zu Jugendarmut, die wir gebündelt auf unserer Internetseite zur Verfügung stellen. Mit Blick auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft setzen wir uns unter anderem dafür ein, dass die Jugendgarantie als Instrument gegen Jugendarbeitslosigkeit und -armut gestärkt wird.

Kindergrundsicherung als wichtiger Baustein für soziale Absicherung

Die Kindergrundsicherung ist ein wichtiger Baustein dafür, existenziellen Nöten zu begegnen und jungen Menschen ein gutes Aufwachsen frei von ökonomischer und sozialer Benachteiligung zu ermöglichen. Ein solches Modell soll den gleichen Zugang zu Bildung, materieller Absicherung sowie sozialer und kultureller Teilhabe für alle jungen Menschen gewährleisten. Wir bekräftigen, insbesondere mit Blick auf die Corona-Krise, unsere Forderung nach einer Einführung der Kindergrundsicherung.

Auf der Grundlage des Beschlusses zur Kindergrundsicherung vom Hauptausschuss September 2019 wurden Gespräche mit dem Bündnis Kindergrundsicherung gesucht. Zusammen mit dem Zukunftsforum Familie (der AWO) sowie der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), dem DKHW, dem Bundesverband der AWO, dem Bundesjugendwerk der AWO und weiteren Interessierten wurde darüber beraten, wie sich ein Modell der Kindergrundsicherung für junge Menschen auswirkt, die Ausbildungsförderung erhalten oder sich in Übergängen von Schule ins Berufsleben befinden. Ein Fachgespräch ist in Planung.

Ratschlag Kinderarmut

Aus der nationalen Armutskonferenz (nak) heraus hat sich der Ratschlag Kinderarmut gebildet. Er ist ein loses Kooperationsbündnis aus über 30 Organisationen, Verbänden, Parteien und Stiftungen, die sich in regelmäßigen Abständen zum Thema Kinderarmut austauschen. Als Mitglied in der nak haben wir uns im Ratschlag Kinderarmut engagiert. Wir unterstützen die im Ratschlag erarbeitete Position für ein gutes Aufwachsen von allen Kindern und Jugendlichen. Wir fordern darin Bund, Länder und Kommunen auf, der Bekämpfung der Armut von Kindern und Jugendlichen in Deutschland mehr Aufmerksamkeit zu geben. Dazu appelliert das Bündnis an die politisch Verantwortlichen, gerade mit Blick auf die Landtagswahlen und die Bundestagswahl 2021, endlich konkrete Konzepte mit notwendigen Umsetzungsschritten vorzulegen, die allen Kindern und Jugendlichen ein gutes Aufwachsen ermöglichen. Folgende Grundsätze sind hierbei von zentraler Bedeutung:

- Armut ist kein Versagen der*des Einzelnen,
- alle Kinder und Jugendlichen haben Anspruch auf gleichwertige Lebensverhältnisse,
- jedes Kind ist gleich viel wert,
- Unterstützung muss dort ankommen, wo sie gebraucht wird.

Gerechtigkeit – für alle Generationen

Die Gestaltung einer zukünftigen Arbeits- und Sozialpolitik begleiten wir an unterschiedlichen Stellen. Im Sinne einer umfassenden Generationengerechtigkeit setzen wir auf einen Dialog zwischen den Generationen, um unsere Forderung zu einer gerechten Rentenpolitik umzusetzen. Wir haben uns daher zur Neugestaltung der Renten, unter anderem zur Grundrente, geäußert. Darüber hinaus haben wir Gespräche mit Politiker*innen zu sozialpolitischen Themen geführt. Im Beraterkreis des Armuts- und Reichtumsberichts sind wir vertreten und legen unseren Fokus auch dort auf das Thema Jugendarmut.

*Junge Arbeitnehmer*innen, Auszubildende und Studierende schützen*

Als Arbeitnehmer*innen, Auszubildende und Studierende geraten junge Menschen durch die Corona-Krise in Existenzängste und konkrete Nöte. Wir haben daher gefordert, dass die Ausbildungsvergütung nicht gekürzt und die Regelungen nach dem Berufsbildungsgesetz zur sechswöchigen Lohnfortzahlung nicht ausgehöhlt werden sowie keine Ausbildungsplätze verloren gehen dürfen. Nur so lässt sich Armut trotz Ausbildung verhindern. Besonders hart betroffen sind auch Studierende, deren Finanzierung durch Jobverluste massenhaft wegbrachen. Wir verurteilen die völlig unzureichenden Auffangregelungen.

Inklusion als Chance und Herausforderung

Die Inklusion von jungen Menschen mit Behinderung ist in den vergangenen Jahren wieder stärker in (unseren) den Fokus gerückt. Gemeinsam mit der Bundesvereinigung der Lebenshilfe e.V. berieten wir im Nachgang unserer gemeinsamen Fachtagung zu inklusiven Kinder- und Jugendarbeit vom September 2019 über weitere gemeinsame Handlungsschritte und fachlichen Output. Wir wollen die inklusive Jugendarbeit aus jugendpolitischer Sicht stärken und uns dafür einsetzen, dass mit Blick auf die angestrebte inklusive Lösung im Rahmen der SGBVIII Reform darüber diskutiert wird, wie inklusive Jugendarbeit vor Ort dauerhaft und strukturell besser unterstützt werden kann.

Im Inklusionsbeirat des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung sind wir als Mitglied aktiv. Der Inklusionsbeirat ist eingebettet in die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in Deutschland. Wir machen uns im Inklusionsbeirat dafür stark, dass Positionen sowie die Situation und Beteiligung von jungen Menschen mehr Einklang in die Umsetzung der UN-BRK finden. Dazu haben wir uns mit dem Beirat kritisch zum Gesetzentwurf zu Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkung geäußert. Außerdem wurden die Folgen der Corona-Krise für Menschen mit Behinderungen und deren Verbandsstrukturen beraten. Eine sich daraus ergebene Position zum Konjunkturprogramm der Bundesregierung haben wir ebenso unterstützt.

Interkulturelle Öffnung und Arbeit mit jungen Geflüchteten

Nicht erst seit der großen Fluchtbewegung 2015 machen wir uns zusammen mit unseren Mitgliedsorganisationen dafür stark, dass Menschen auf der Flucht in Europa und Deutschland leben können. In den vergangenen Jahren sind viele Menschen aus unterschiedlichen Gründen nach Europa geflohen, unter ihnen zahlreiche junge Menschen. Angesichts traumatischer Fluchterfahrungen und dem Verlust der

Heimat können Jugendverbände Möglichkeiten, Perspektiven und Räume schaffen, wo insbesondere junge Geflüchtete Begegnung und Teilhabe erleben. Mit dem Ende des Innovationsfonds des BMFSFJ 2019 äußerten wir uns als Koordinator im Handlungsfeld Jugendverbandsarbeit mit den vier Projekten zum Themenfeld „Zugang von Menschen mit Fluchthintergrund zur Jugendverbandsarbeit“ abschließend und veröffentlichten die Erfahrungen in unserer Broschüre JUGENDPOLITIK „Zugänge schaffen“. Wir tauschten uns darüber hinaus auf einer Fachtagung zu Freizeiten für und mit jungen Geflüchteten aus [siehe Seite 21]. Gleichzeitig machen wir uns in Gesprächen mit Politiker*innen und in unseren Statements für eine solidarische Flüchtlendenpolitik in Europa und Deutschland stark [siehe Seite 14].

JUGENDPOLITIK „Zugänge schaffen“

**Mit Beiträgen und Projektbeschreibungen
des Landesjugendrings Berlin, des
Landesjugendrings Mecklenburg-Vorpommern,
der Sozialistische Jugend Deutschlands - Die
Falken aus dem Landesverband Brandenburg
und des Stadtjugendrings Wiesbaden.**

[<https://go.dbjr.de/jupo5-2020>]

Seit vielen Jahren setzen wir uns für eine interkulturelle Öffnung der Jugendverbandsarbeit ein. Wir unterstützen diese Arbeit vor allem durch Vernetzung. Gemeinsam mit dem IDA e.V., der Sportjugend und Vertreter*innen der Wissenschaft organisieren wir regelmäßig zweimal im Jahr das Treffen des Netzwerks Interkulturelle Jugendarbeit und -forschung (NijaF). Mehrmals jährlich treffen wir uns mit den zuständigen Referent*innen der Landesjugendringe in der AG Interkulturelle Öffnung, um uns über

aktuelle Entwicklungen auf dem Laufenden zu halten. Daneben tauschen wir uns mit unseren Mitgliedern und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen zu unterschiedlichen Aspekten der interkulturellen Öffnung aus. Insbesondere die Anbindung von Strukturen der Migrant*innen-Jugendselfstorganisationen (MJSO) bzw. Vereine junger Migrant*innen (VJM) in und an die Jugendverbandsarbeit und Jugendringstruktur steht dabei immer wieder im Mittelpunkt des Austauschs.

Demokratie Stärken – Rechtspopulistischen und rechtsextremen Angriffen entgegentreten

Jugendverbände und Jugendringe stehen in ihrer Vielfalt für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir sind Interessensvertretungen und gestalten Gesellschaft im Sinne junger Menschen mit. Dazu tragen wir zum Diskurs bei, zum demokratischen Ringen um politische Lösungen. Wir fördern die Teilhabe junger Menschen und machen mit unseren Bildungsangeboten sowie unserer politischen Arbeit als Interessensvertretung Demokratie früh erlebbar. Als Orte der Selbstbestimmung und Mitbestimmung leisten wir einen Beitrag zu einer Gesellschaft ohne Ausgrenzung, Diskriminierung, Antisemitismus und Rassismus. Als wichtiger Teil der Zivilgesellschaft und als demokratische Organisationen beteiligen wir uns engagiert im demokratischen System der Willensbildung und Entscheidungsfindung. Wir übernehmen Verantwortung in und für eine demokratische Gesellschaft.

Wir sehen, dass die demokratischen Grundwerte zunehmend durch Antisemitismus, Nationalismus, Rassismus, Antifeminismus und Homophobie bedroht werden. Auch unsere tägliche Arbeit in den Jugendverbänden und -ringen ist Zielscheibe rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Angriffe. In den Parlamenten nutzen rechtsextreme Parteien, insbesondere die AfD, ihre Möglichkeiten, um mit Anfragen,

Redebeiträge oder Pressemeldungen die Jugendverbände und ihre Zusammenschlüsse zu delegitimieren. Sie stellen unseren gesetzlich verankerten Anspruch auf Förderung in Frage. Dabei stützen sich die Parteien und ihre Anhänger vor allem auf die Aussage, dass staatlich geförderte Bildungsangebote immer „neutral“ sein müssen und die Auseinandersetzung mit Positionen und mit dem Handeln politischer Parteien nicht gestattet sei. Darüber hinaus wird versucht, die von den jeweiligen Organisationen vertretene Werte und das Handeln gegen Rechtsextremismus und Diskriminierung in die Nähe des sogenannten „Linksextremismus“ zu stellen. Wir sammeln und dokumentieren gemeinsam mit dem Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismussarbeit e. V. (IDA e.V.) parlamentarische Handlungen sowie weitere Aktivitäten gegen demokratische Organisationen, um die Mitgliedsorganisationen gegen rechtspopulistische Angriffe zu unterstützen. Möglich ist das vor allem dank der Zuarbeiteten vieler Jugendverbände und -ringe. Ziel der Aufarbeitung ist, die immer wieder gleichen Argumentationslinien aufzuzeigen und durch vergleichbare Erfahrungen die Möglichkeit zum abgestimmten Handeln gegen Angriffe auf die Jugendverbandsarbeit herzustellen.

Wir stehen zu unserer Beschlusslage, dass wir jede Zusammenarbeit mit rechtspopulistischen Parteien ablehnen und ermutigen unsere Mitgliedsorganisationen dazu, an dieser Haltung festzuhalten. Mit ihren völkisch-nationalistischen Argumentationslogiken verlassen diese Parteien und Organisationen regelmäßig den Boden der demokratischen Grundordnung. Solche Positionen stehen unseren Werten und Zielen unvereinbar entgegen. Denn wir sind in Vielfalt vereint. Wir haben uns daher kritisch zur Ministerpräsidentenwahl im Februar 2020 in Thüringen geäußert. Für uns ist klar: Eine Zusammenarbeit mit rechtsradikalen Parteien darf es nicht geben.

Rechtsextremismus und Rassismus bekämpfen, demokratische Strukturen fördern

Die rechtsterroristischen Anschläge, wie zuletzt in Halle und Hanau, verurteilen wir zutiefst. Der antisemitische Anschlag in Halle hat gezeigt, dass jüdisches Leben in Deutschland erneut in seiner Existenz bedroht wird. Wir bekräftigen daher in unserer Position unser Bekenntnis gegen jeden Antisemitismus. Die Bundesregierung hat nach den Anschlägen von Hanau einen Kabinettsausschuss zum Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus geschaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass weitreichende Entscheidungen mit Blick auf Rassismusprävention getroffen werden, wirksame bundesweite Maßnahmen gegen rechtsextreme Einstellungen und Organisationsformen getroffen und zivilgesellschaftliche Vertreter*innen, insbesondere Stimmen der Betroffenen, entscheidend eingebunden werden. Selbstorganisationen von Migrant*innen müssen aktiv mitwirken können und ihre Forderungen müssen unbedingt in die Ergebnisse einfließen.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung die Unterstützung zur Demokratieförderung ausgebaut. Die Mittel im Programm „Demokratie Leben!“ werden bis 2023 fast verdoppelt. Im Rahmen der Weiterführung des Programms in der zweiten Förderperiode 2020 bis 2024 wurden im Herbst 2019 die neuen Projektmittel verteilt. Aufgrund der kritischen Rückmeldungen zum Vergabeverfahren aus unseren Mitgliedsorganisationen, haben wir positive und negative Entwicklungen des Programms und des Entscheidungsprozesses zur Vergabe in einem Argumente-Papier zusammengefasst [<https://go.dbjr.de/2020-dl>]. Darin begrüßen wir als DBJR die Verstetigung des Programms und kritisieren das intransparente Vergabeverfahren sowie mögliche Effekte im neuen Programm, die der Bedarfslage der Träger nicht entspricht.

Darüber hinaus setzt sich das BMFSFJ für die Einführung eines Demokratiefördergesetzes ein, um eine dauerhafte Finanzierung der bisher nur durch Projektmittel geförderten Zivilgesellschaft aus „Demokratie Leben!“ zu ermöglichen. Wir haben unsere Erwartungen an ein solches Gesetz und die Rolle der Jugendverbände auf unserer Hauptausschussklausur 2020 diskutiert.

EINE JUGENDGERECHTE GESELLSCHAFT SCHAFFEN

Es ist unsere Aufgabe, die Bedarfe und die Sichtweise junger Menschen in allen Politikfeldern deutlich zu machen. Unser Ziel ist eine jugendgerechte Gesellschaft, deswegen wollen wir Rahmenbedingungen für ein gutes Aufwachsen mitgestalten. Das gilt besonders für zwei Transformationsprozesse, die politisch derzeit im Fokus stehen: die spürbare Veränderung durch Digitalisierung und die sozial-ökologische Umgestaltung unserer Lebensweise.

Medien- und Digitalpolitik in Bewegung

Junge Menschen sind Produzent*innen und Nutzer*innen medialer Inhalte auf digitalen Kanälen und Plattformen. Medien prägen das Aufwachsen junger Menschen und sind ein wesentlicher und ständiger Begleiter. Im Interesse junger Menschen gestalten wir deswegen Medien- und Digitalpolitik im Sinne einer guten Jugendpolitik.

Mit dem Medienstaatsvertrag schaffen die Bundesländer einen Rahmen für den Rundfunk, für Plattformen und Datenkonzerne. Im Laufe des Jahres 2020 wird der Vertrag in den Landesparlamenten beschlossen und anschließend bundesweit in Kraft gesetzt. Wir begleiteten den Prozess mit Stellungnahmen und forderten, dass junge Menschen als Kreative Freiräume behalten und als Nutzer*innen souverän bleiben können. Diese Balance ist in vielen medienpolitischen Prozessen unser roter Faden.

Wirksamer Schutz und zugleich wirksame Teilhabe waren deswegen die Pole bei unseren Stellungnahmen zum Jugendmedienschutz. Nach langem Stillstand will die Bundesregierung noch in der 19. Legislatur den Jugendmedienschutz verbessern. Aus unserer Sicht notwendige Kernpunkte der Reform sind die Betonung der Kinderrechte als Richtschnur, die größere Verantwortung der Anbieter von Inhalten sowie eine bundeszentrale Struktur zur Begleitung, Weiterentwicklung und Überwachung der Regeln. Im parlamentarischen Verfahren betonen wir dies und erwarten, dass junge Menschen viel stärker als bisher an den Regeln und der Weiterentwicklung ihres Schutzes mitwirken können.

Der Dritte Engagementbericht der Bundesregierung, der in diesem Jahr erschien, beschreibt dazu passend junges Engagement im digitalen Zeitalter. Die zentralen Ergebnisse stützen unsere Forderungen und machen deutlich: In der Digitalen Jugendarbeit besteht großer Handlungsbedarf. Digitales beschränkt sich nicht auf die Werkzeuge für Kommunikation und Planung. Die Digitalisierung prägt zunehmend die Inhalte des Engagements und wird selbst immer stärker zum Thema von Engagement. Es geht zum Beispiel um Datenschutz, um die Bekämpfung von Hate Speech oder allgemein um das Miteinander in einer digitalisierten Welt und das Bewältigen des Transformationsprozesses zur Digitalisierung. Eine große Herausforderung für die Jugendarbeit ist: Es fehlt an Ressourcen für Hardware, Software und Internetzugänge. Und es wächst der Bedarf, mehr digitale Kompetenzen zu erwerben. In unserer Workshopreihe Digitale Jugendarbeit diskutierten wir die Herausforderungen und Chancen mit einer wachsenden Zahl Interessierter aus allen verbandlichen Ebenen und der offenen Jugendarbeit und organisierten konkret kollegiale Beratung.

Die Frage der Ressourcen für eine gerechte digitale Teilhabe rückte 2020 stärker ins Zentrum unserer Arbeit. Wir schlossen uns bewusst Initiativen und Forderungen an, die eine Gemeinwohlorientierung in der Digitalisierung vorantreiben, die offene Standards anstreben sowie an der Unabhängigkeit von Daten- und Softwarekonzernen arbeiten. Die Jugendverbände können und müssen stärker als bisher eine Brückenfunktion übernehmen: Zwischen denjenigen, die digital noch nicht oder wenig teilhaben, und denjenigen, die digitale Entwicklungen und Prozesse vorantreiben. Im Sinne der Teilhabe aller engagieren wir uns auch bei der Initiative „Digital für alle“, in der sich der Digitalverband Deutschlands BITKOM sowie zivilgesellschaftliche Organisationen zusammengeschlossen haben und den digitaltag2020 erfolgreich umsetzten.

jugend.beteiligen.jetzt – für die Praxis digitaler Partizipation

Mit dem Projekt *jugend.beteiligen.jetzt* bringen wir gemeinsam mit IJAB - Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. und der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) digitale Jugendbeteiligung voran.

Die Projektpartner konzentrieren sich auf Beratung und Qualifizierung sowie Vernetzung von Fachkräften. Als DBJR entwickeln wir digitale Werkzeuge zur Jugendbeteiligung und unterstützen die Jugendarbeit auch

bei weitergehenden Digitalisierungsfragen. Ziel ist, nützliche und niedrigschwellige Angebote zu machen, die im Alltag für Beteiligung genutzt werden können.

Unsere digitalen Tools umfassen sowohl konkrete Beteiligungsprozesse (ePartool, Antragsgrün, votAR) wie auch organisatorische Bedarfe der Veranstaltungsplanung und -durchführung (Barcamptools). Einen besonderen Fokus haben wir Corona-bedingt auf räumlich vernetzte Zusammenarbeit gelegt, indem wir datenschutzsensible und frei nutzbare Angebote in den Bereichen Kollaboration (Etherpad-Server yopad.eu), Kommunikation (Videokonferenzen: meet.dbjr.org, Chat: XMPP-Server yochat.eu) und Online-Seminaren (blue.dbjr.org) ausgebaut haben. Ergänzt wurde dies durch Zusammenarbeit und Weiterentwicklung mit externen Partnern bei Wechange.de und BigBlueButton/Nextcloud.

Über Tool-Neuigkeiten und verbundene Themen aus der Digital- und Netzpolitik informieren wir auf unserem Blog tooldoku.dbjr.de. Die Partnerplattform jugend.beteiligen.jetzt gibt weitere Hilfestellungen, Methoden und Praxisbeispiele für digitale Beteiligungsprojekte. Das Projekt endet im Dezember 2020.

Nachhaltigkeit voranbringen

Die kommenden zehn Jahre sind ausschlaggebend dafür, ob die Ziele der 2030-Agenda erreicht werden. Nur wenn wir in dieser Zeit unsere Wirtschafts- und Lebensweisen radikal verändern, wird ein sozial-ökologisch intaktes Leben auf unserem Planeten möglich sein. Die Auswirkungen der Corona-Krise zeigen und bieten jetzt die Möglichkeit, dass eine solche Transformation begonnen und gestaltet werden muss. Einen konsequenten politischen Wandel für eine lebenswerte Zukunft der nachfolgenden Generationen fordern wir daher zusammen mit den Jugendverbänden und -ringen schon lange.

Für einen wirkungsvollen Klimaschutz

Das Aktionsbündnis Klimaschutz ist das zentrale Dialogforum zur kontinuierlichen Diskussion klimaschutzpolitischer Positionen zwischen den gesellschaftlichen Gruppen und mit der Bundesregierung. Es berät die Bundesregierung bei der Erreichung der Klimaschutzziele und wird unter Federführung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) organisiert. Das Bündnis tagt zweimal im Jahr und wird in so genannten Bänken aufgeteilt, denen sich bestimmte Organisationen zuordnen können. Wir bilden gemeinsam mit 13 unseren Mitgliedsorganisationen sowie sechs weiteren Vereinen seit 2019 die Bank „Jugend“ und bringen unseren klimapolitischen Forderungen gegenüber dem Ministerium zum Ausdruck. Zur Gründung der Bank haben wir mit den Organisationen unserer Bank ein Gespräch mit der Bundesumweltministerin geführt.

Neben unserem Engagement im Aktionsbündnis betonen wir unsere klimapolitischen Forderungen, wenn es um die Umsetzung des EU-Green-Deal während der Deutschen Ratspräsidentschaft geht oder wenn die Bundesregierung ihr Klimaschutzgesetz bzw. Klimapaket verabschiedet und den Kohleausstieg beschließt. Dabei stellen wir fest: Um den Klimawandel sofort zu bremsen, reichen die Vorhaben und Beschlüsse nicht aus.

Nachhaltigkeitspolitik

Die Bundesregierung überarbeitet regelmäßig ihre Nachhaltigkeitsstrategie. Mit dieser will sie einen Beitrag leisten, um die Ziele der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und des Pariser Klimaabkommens zu erreichen. Aus diesem Anlass wurde im Rahmen des Netzwerks Agenda 2030 (netzwerk2030.de), in dem wir Mitglied sind, eine Stellungnahme [<https://go.dbjr.de/2020-s-2030>] erarbeitet und von uns mitgezeichnet. Im Netzwerk Agenda 2030 beteiligen wir uns außerdem am jährlichen Bericht und der Konferenz, die dieses Jahr im Zeichen von Nachhaltigkeit und Digitalisierung stehen.

Zur Neuberufung der Mitglieder des Rats für Nachhaltige Entwicklung (RNE) durch die Bundeskanzlerin wurde erstmals der Jugend eine feste Stimme im Rat gegeben, in den Lisi Maier als Vorsitzende des DBJR für drei Jahre in den RNE berufen wurde. Wir haben uns in den vergangenen Jahren dafür stark gemacht, dass ein*e Vertreter*in im neu zu besetzenden Rat die Interessen von jungen Menschen vertritt. Der RNE berät die Bundesregierung seit 2001 bei der Umsetzung und Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Außerdem trägt der Rat das Thema „Nachhaltigkeit“ in Gesellschaft und Öffentlichkeit hinein.

Im Rahmen der Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie bringen wir uns darüber hinaus bei direkten Austauschformaten der Bundesregierung ein: In der Dialoggruppe der Zivilgesellschaft zum Staatssekretär-Ausschuss für nachhaltige Entwicklung verdeutlichen wir zu spezifischen Themen unsere Positionen bei den entsprechenden Themenzuständigen in den Bundesministerien. Schwerpunkte waren im letzten Jahr: Mobilität, Bildung für Nachhaltige Entwicklung und Ernährung.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) setzte auf unsere Expertise bei der Entwicklung eines Nationalen Aktionsplans Bildung für Nachhaltige Entwicklung (NAP BNE). Wir sind in der Nationalen Plattform vertreten, die wichtige Entscheidungen zum NAP BNE trifft. Die inhaltliche Arbeit zum NAP BNE wird im Rahmen des Prozesses von Fachforen vorangebracht. Wir und einige unserer Mitglieder sind insbesondere im Forum Informelles und non-formales Lernen/Jugend engagiert. Mit anderen Organisationen, die im BNE Prozess Interessen von jungen Menschen vertreten, sind wir regelmäßig im Austausch, um uns inhaltlich abzustimmen und den BNE-Prozess gemeinsam voranzubringen. Ein Schwerpunkt der Arbeit liegt aktuell auf Digitalisierung und BNE.

Jugenddelegierte für Nachhaltige Entwicklung

Die Jugenddelegierten für Nachhaltige Entwicklung, vertreten durch Felix Kaminski und Sophia Bachmann, setzen sich für eine starke Jugendbeteiligung im nationalen und internationalen Kontext bei Diskussionen

und Entscheidungen zu Themen der Nachhaltigen Entwicklung ein. Sie streiten insbesondere für die Interessen junger Menschen auf Ebene der Vereinten Nationen und wirken bei den Beratungen des High-Level Political Forum (HLPF) on Sustainable Development mit. Zur Finanzierung der Tätigkeit arbeiten wir eng und gut mit dem BMU zusammen. Dank der erfolgreichen Arbeit in den letzten Jahren hat sich das Programm stetig erweitert.



Die Teilnahme am HLPF für den Sommer 2020 sowie weitere internationale Veranstaltungen im Frühjahr 2020 sind aufgrund der Corona-Krise ausgefallen bzw. digital umgesetzt worden. Die Jugenddelegierten haben an den digitalen Events teilgenommen und für das HLPF gemeinsam mit anderen europäischen Jugenddelegierten ein digitales Side-Event organisiert. Die Jugenddelegierten haben außerdem ausführlich zur internationalen Umsetzung der 2030 Agenda in einem Positionspapier Stellung genommen.

Im Kontext ihrer Arbeit sind die Jugenddelegierten auf vielen Veranstaltungen in Deutschland als Stimme der Jugend präsent und stellen die SDGs sowie ihre Arbeit und Erfahrung bei verschiedenen Institutionen und bei unseren Mitgliedsorganisations-

onen vor. Darüber hinaus findet ein immer stärkerer Austausch mit jungen Menschen sowie anderen Jugenddelegierten auf europäischer Ebene statt. [<https://jugenddelegierte.dbjr.de>]

Mobilität von jungen Menschen fördern

Anknüpfend an unsere diversen Beschlüssen zu Mobilität von jungen Menschen, möchten wir uns diesem Themengebiet übergreifender widmen. Unser Anliegen ist, ein Recht auf Mobilität für junge Menschen zu ermöglichen, dass sozial-ökologisch gerecht ist und darüber hinaus die jugendverbandliche Zusammenarbeit fördert. Wir haben daher unsere Positionen im Rahmen der Dialoggruppe zum Staatssekretärsausschuss für Nachhaltige Entwicklung im Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur vorgetragen und Stellung genommen. Im August 2020 luden wir unsere Mitgliedsorganisationen ein, im Rahmen eines Workshops über die unterschiedlichen Facetten von Mobilität zu diskutieren.

JUNGES ENGAGEMENT FÖRDERN

Wir verantworten und organisieren seit 2009 als Bundeszentralstelle die Beantragung, Genehmigung und die Herstellung der Jugendleiter*in-Card Juleica. Wir sind Ansprechpartner der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesjugend- und Familienbehörden (AGJF) sowie der Landeszentralstellen (LZS) bis hin zur kommunalen Ebene sowohl bei organisatorischen, rechtlichen, technischen als auch jugendpolitischen Problemen und Fragen. Wir kümmern uns um alle länderübergreifenden Belange der Juleica, koordinieren und unterstützen die Zusammenarbeit zwischen den Ländern. Unsere Juleica-Hotline wird sowohl von Interessierten, Antragstellenden als auch freien und öffentlichen Trägern rege genutzt.

Das bisher größte Landeszentralstellentreffen 2019 mit 24 Teilnehmenden machte besonders deutlich, dass es eine kontinuierliche und fest eingerichtete Bundeszentralstelle auch über den Weiterentwicklungsprozess hinaus braucht, welche bundesweite Interessenvertretung mit der Sicherstellung der Rahmenbedingungen sowie einer kontinuierlichen Weiterentwicklung der Juleica sowohl technisch als auch inhaltlich vereint.

Die Juleica-Ausbildung ist stark von den Auswirkungen der Pandemie betroffen. Neue Herausforderungen und Bedarfe entstehen, die neue Lösungsansätze brauchten. Dabei sind die Fragen so vielfältig wie die Juleica selbst – es geht um abgesagte Ausbildungskurse, neue Ausbildungsmethoden, Ablauf der Gültigkeit, das Fehlen von Juleica-Inhaber*innen bei zukünftigen Maßnahmen und mehr.

Als Bundeszentralstelle Juleica haben wir ein einheitliches Verfahren und Ausnahmeregelungen für das Jahr 2020 angestoßen und gemeinsam mit den Landeszentralstellen der Bundesländer abgestimmt, um auch in Krisenzeiten eine gute Jugendleiter*innen-Ausbildung, Verlängerungen von Juleicas sowie zukünftige Maßnahmen mit Juleica-Inhaber*innen zu ermöglichen [<https://go.dbjr.de/juleica2020>]. Dieses Verfahren regelt unter anderem Ausbildungs- und Fortbildungsverfahren sowie die Gültigkeit der Juleica und wurde von uns im Mai 2020 politisch, inhaltlich und technisch umgesetzt. Die LZS ergänzen das bundesweit einheitliche Verfahren bei Bedarf für das jeweilige Bundesland.

Der Weiterentwicklungsprozess der Juleica (2018 bis 2021) wird unter unserer Federführung in den drei Säulen Antragsystem, Qualitätskriterien und Kommunikation umgesetzt (ausgehend vom Beschluss der Vollversammlung 2017 „JA zur bundesweiten Weiterentwicklung der Juleica bis 2019“). Der Prozess verbessert die bundesweiten Rahmenbedingungen, sichert und fördert den Stellenwert der Juleica und stellt das Antragsystem auf sichere und technisch zukunftsfähige Beine. Die Beteiligungsmöglichkeiten und Transparenz der Weiterentwicklung werden dabei als besonders positiv rückgemeldet. Jede Säule des Weiterentwicklungsprozesses fand ihren Anfang in einem Juleica LAB (Expert*innen-Labor). Basis dafür waren auch die zuvor bundesweit und pro Säule online geschalteten Umfragen, die auf großes Interesse mit reger Beteiligung stießen. Die Ergebnisse und Erkenntnisse dieser Formate flossen in die säulenverbindende „Denkfabrik“ mit mehr als 100 Teilnehmenden am 10.09.2019 ein. Am Vorabend organisierten wir ein „Nachdenken über ... Junges digitales Engagement“ mit rund 50 Teilnehmenden.

Die verstärkte Gewinnung von Vergünstigungsgeber*innen begleitet den Weiterentwicklungsprozess kontinuierlich. Die erste neue bundesweite Vergünstigung konnte gemeinsam mit dem Deutschen Jugendherbergswerk (DJH) erreicht werden. Im Jahr 2020 wird jeweils eine Vergünstigung des Monats in den Fokus gestellt. Wir unterstützen ebenfalls den durch die Landesjugendringe angestoßenen Prozess zur Aktualisierung der bisher genutzten Vergünstigungsdatenbank (www.juleica.de).

Im Mittelpunkt stand zudem das Juleica-Antragsystem mit seiner öffentlichen Ausschreibung zum Vergabeverfahren für die Neuprogrammierung. Diese beinhaltete die Erstellung eines Grobkonzeptes der Software und der Ausschreibungsunterlagen sowie die Begleitung, Durchführung und Dokumentation der Ausschreibung. Das Verfahren konnte zum Jahreswechsel 2019/2020 erfolgreich mit der Vertragsschließung für die Neuprogrammierung abgeschlossen werden. In der ersten Jahreshälfte 2020 konnte das Feinkonzept zur Neuprogrammierung erstellt und inklusive Grundlayout der Antragsseite abgestimmt sowie das Grundsystem und Testsystem aufgesetzt werden. Die Programmierung erfolgt in vorher definierten Meilensteinen und Sprints, die an bestimmten Stellen der Programmierung auch als EXIT-Optionen für uns zur Verfügung stehen. Geplante Fertigstellung der Programmierung ist das Frühjahr 2021.

Wir führten politische Gespräche und setzten uns für eine zentral zuständige Ansprechperson für den Themenbereich Juleica unter den Bundesländern in der AGJF/JFMK (Jugend- und Familienministerkonferenz) ein. Gemeinsam mit den so gewonnen Ansprechpersonen im Bundesland Baden-Württemberg konnte das Verfahren hin zu aktualisierten bundesweiten Qualitätskriterien geplant werden. Ein weiterer wichtiger Schritt wurde gemacht: Die JFMK beriet und beschloss im Mai 2020 erstmals seit zehn Jahren wieder über einen Antrag, angestoßen von den Jugendverbänden zu Juleica, Ehrenamt und Engagement. Sie begrüßt darin die Weiterentwicklung, dankt dem DBJR für den Prozess und bekennt sich in ihrem Beschluss zur Bedeutung der Juleica. Sie beauftragt die AGJF mit der Einrichtung einer länderoffenen Arbeitsgruppe, die gemeinsam mit DBJR und BMFSFJ auf Grundlage der Ergebnisse unseres Beteiligungsprozesses der Weiterentwicklung der Juleica unterstützen und begleiten soll. Der Beschluss spricht dabei von einer Beschlussfassung zur Aktualisierung der bundesweiten Qualitätskriterien spätestens zur JFMK 2022.



Jährlich erhalten rund 32.000 junge Menschen die Juleica oder verlängern sie. Durchschnittlich gibt es bis zu 100.000 gültige Karten. Es sind rund 47.000 freie und öffentliche Träger der Kinder- und Jugendhilfe und ca. 115.000 Antragstellende bzw. Juleica-Inhaber*innen im Antragsystem aktiv. Die Juleica steht für die Grundsätze und Themenvielfalt guter Jugend(verbands)arbeit, für Qualität, ehrenamtliches Engagement und dient der Legitimation. Sie steht für eine einzigartige, strukturierte partnerschaftliche Zusammenarbeit von freien und öffentlichen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, von Jugendleiter*innen und Verantwortlichen in den Jugendverbänden und -organisationen. Sie steht für qualitativ hochwertige Arbeit und ein besonderes Identifikation- und Zugehörigkeitsgefühl. Dies wird vor allem auch in der Flexibilität und Qualität der Formate und Ausbildungen innerhalb der Krisenzeit sichtbar. Wir begleiten als DBJR dabei Träger und Partner auf allen Ebenen und unterstützen Fachveranstaltungen (die aufgrund der Krisenzeit verschoben oder digital durchgeführt werden) weiterhin.

INTERNATIONALE PARTNERSCHAFTEN STÄRKEN

Internationaler Jugendaustausch und Internationale Jugendpolitik sind ein Weg, Frieden zu sichern. Als Akteure der Zivilgesellschaft in ihren Ländern leisten wir mit den Jugendverbänden und -ringen einen wichtigen Beitrag zur Verständigung. Wir pflegen Partnerschaften mit Jugendringen anderer Länder. Und wir streiten für gute Rahmenbedingungen.

Arbeitsgruppe Internationale Jugendpolitik

Die Arbeitsgruppe „Internationale Jugendpolitik“ ist eine wichtige Austauschplattform, in der die bilaterale Zusammenarbeit begleitet wird. Es werden Sitzungen von Lenkungsgremien der Jugendwerke und Koordinierungsbüros vor- und nachbereitet. Fragen der internationalen Zusammenarbeit werden diskutiert: Förderung, Visa, Rahmenbedingungen für den Austausch, internationale Entwicklungen, Shrinking space for civil society, internationale Jugendarbeitsforschung und Zugänge zu internationalem Jugendaustausch (Zugangsstudie). Das Ziel bleibt der Ausbau der Vernetzung, ein enger Kontakt mit den Außenvertreter*innen des DBJR im internationalen Kontext und die Erstellung politischer Vorlagen mit Handlungsempfehlungen für die DBJR-Gremien.

Das Hauptthema in den zurückliegenden Monaten war die Beratung über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die internationale Jugendarbeit. Hilfreich war der intensive Erfahrungsaustausch im Umgang mit abgesagten und geplanten Maßnahmen, mit der Aufrechterhaltung von Kontakten zu Strukturen im Partnerland oder den Auswirkungen auf die Förderbedingungen 2020 und 2021. Online organisierten wir eine Sitzung am 10.06.2020 mit dem Schwerpunkt auf die Auswirkungen von Corona auf die internationale Jugendarbeit.

Das Schwerpunktthema der Sitzung der Arbeitsgruppe „Internationale Jugendpolitik“ am 25.11.2019 war eine Diskussion über Nachhaltige Mobilität. Zahlreiche Mitgliedsorganisationen haben Positionen zu dem Thema beschlossen, die wir in die Beratungen beispielsweise mit den Jugendwerken über notwendige Veränderungen in den Förderbedingungen in Richtung mehr Nachhaltigkeit einbringen. Nach dem wir uns bereits im Mai 2019 mit einer Vertreterin des Auswärtigen Amts für den Bereich Öffentlichkeitsarbeit, Zivilgesellschaft und Wissenschaft ausgetauscht hatten, folgte im Februar die Diskussion mit zwei Verantwortlichen im Auswärtigen Amt zu den jugendpolitischen Entwicklungen in der Östlichen Partnerschaft und den Planungen zur Östlichen Partnerschaft im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft.

Über die Arbeitsgruppe hinaus beschäftigt uns intensiv die bilaterale Arbeit mit einigen Ländern und deren Jugendring-Strukturen. Dies sind im Folgenden (alphabetisch):

Balkanregion

Mit den Jugendringen in Albanien, Serbien und Nordmazedonien stehen wir im engen Kontakt und beziehen sie in unsere Aktivitäten ein, etwa bei der Vollversammlung, der EU-Jugendkonferenz und in das Berlin Forum. Damit unterstützen wir auch die Vertretungsarbeit der Jugendstrukturen im Regional Youth Cooperation Office of the Western Balkans RYCO, das im Herbst 2017 seine Arbeit aufgenommen hatte. Wir begrüßen das Engagement einiger parteinahen Stiftungen aus Deutschland, die Jugendstrukturen in der Region in ihrer Arbeit unterstützen, etwa bei Besuchen von Delegationen in Deutschland. Ziel bleibt, Jugendliche und Jugendorganisationen am Westbalkan in ihrem Engagement für eine friedliche Entwicklung zu unterstützen und ihnen für EU-Beitrittsverhandlungen eine europäische Perspektive für ihre Zukunft aufzuzeigen.

China

Seit 2006 gibt es die Vereinbarung zwischen dem BMFSFJ und dem Allchinesischen Jugendverband (ACYF) der Volksrepublik China über die Zusammenarbeit im Bereich der Jugendhilfe. Seit der Fachausschuss mit China nur noch alle zwei Jahre tagt, stagniert der Austausch über Perspektiven der jugendpolitischen Zusammenarbeit, die jedoch nicht die Arbeit von Jugendorganisationen im Fokus haben. ACYF hat dem BMFSFJ kommuniziert, dass 2020 aufgrund der Sparauflagen keine bilateralen Gremiensitzungen stattfinden können. Der Fachausschuss soll vielleicht im Frühjahr 2021 nachgeholt werden. Die im Protokoll aufgenommenen Aktivitäten von Trägern sollen jedoch weiter unterstützt werden.

Frankreich

Regelmäßige bilaterale Treffen und Aktivitäten prägen die Zusammenarbeit mit dem Französischen Jugendrat CNAJEP. Gemeinsam werden auch die Sitzungen der Lenkungsorgane des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW) vorbereitet, in denen beide Jugendringe mitarbeiten. Auch wenn in den letzten Monaten keine direkten Treffen möglich waren, stehen wir in einem engen Informationsaustausch, auch über die Arbeit des DFJW.

Der Beirat des DFJW tagte am 23.06.2020 online. Themen waren die Herausforderungen und die Zukunft von Mobilitätsprogrammen des DFJW im Kontext der COVID-19-Krise. Mit Iris Nodolny stellen wir noch bis 2020 die deutsche Co-Vorsitzende des Beirats, die für uns eine enorm wichtige Rolle in der Zusammenarbeit mit dem DFJW einnimmt. Wir haben uns mit CNAJEP in zwei getrennten Briefen an die beiden Generalsekretäre zur Fördersituation in der deutsch-französischen Zusammenarbeit geäußert und Vorschläge für das weitere Vorgehen im Kontext der Corona-Pandemie präsentiert.

Sowohl wir als auch CNAJEP haben großes Interesse, die Rolle und Sichtbarkeit von Jugendorganisationen im deutsch-französischen Austausch zu erhöhen. Das DFJW möchte künftig stärker junge Menschen für Europa mobilisieren. Wir wünschen uns jedoch deutlichere Hinweise im Orientierungsplan des DFJW auf das Engagement der beiden Jugendringe in wichtigen Themenfeldern der Europäischen Jugendpolitik und ein Verweis auf die Jugendziele (Youth Goals). Klärungsbedarf sehen wir noch bei der Ausgestaltung des neuen Aachener Vertrags. Bestandteil ist ein vom DFJW verwalteter Bürgerfonds, aus dem seit einigen Monaten zivilgesellschaftliche Aktivitäten finanziert werden können.

Griechenland

Deutschland und Griechenland haben im Juli 2020 die Grundlage zur Gründung des Deutsch-Griechischen Jugendwerks geschaffen. In der 2. Jahreshälfte werden in Leipzig und der Partnerstadt Thessaloniki zwei Büros ihre Arbeit aufnehmen. Was das für die Umsetzung bedeutet bleibt für Trägerstrukturen in beiden Ländern unklar. Die Deutsch-Griechischen Fachgespräche im Dezember 2019 brachten keine neuen Erkenntnisse, weil die Absprachen wenig transparent und weitgehend ohne Trägerbeteiligung durchgeführt worden sind. Deshalb ist nicht bekannt, wie beispielsweise der geplante Aussichtsrat zusammengesetzt ist und welche Aufgaben er übernimmt.

Mit dem Griechischen Jugendring stehen wir in den Begleitgremien für das Jugendwerk zusammen, wobei eine Einbeziehung durch die griechische Regierung nicht selbstverständlich ist.

Israel

Wir pflegen mit dem Israelischen Jugendring CYMI seit vielen Jahrzehnten eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Wechselseitig gibt es Fachkräftetreffen und Aktivitäten sowohl in Deutschland als auch in Israel, die derzeit wegen der Reisebeschränkungen nur digital stattfinden können. Davon betroffen sind auch die Vorbereitungen für das ursprünglich für den 14.-17.05.2020 geplante trilaterale Seminar zum Thema „Herausforderungen innerhalb der Demokratie“, das wir mit CYMI und der Österreichischen Bundesjugendvertretung (BJV) planen. Die beiden Vorbereitungstreffen für die Teamer*innen konnten im Herbst und Winter 2019 noch planmäßig in Berlin organisiert werden, die weiteren Absprachen konnten nur noch online stattfinden. Derzeit ist offen, wann es die Reisebeschränkungen zulassen, das Seminar nachzuholen. Die finanziellen Mittel für die Jugendbewegungen in Israel wurden in den letzten Wochen erheblich gekürzt und stellen die Jugendstrukturen vor große Herausforderungen.

Uns hat auch das geplante Deutsch-Israelische Jugendwerk beschäftigt. Den Gründungsprozess begleiten wir weiterhin konstruktiv und kritisch. Dabei ist unser klares Ziel: Am Ende des Prozesses muss mehr Jugendaustausch stehen. Die Absprachen beider Regierungen sind jedoch aufgrund der Verzögerungen bei der Regierungsbildung in Israel nur schleppend angelaufen. Nach dem Abschluss der Regierungsbildung in Israel hat das BMFSFJ die Aufnahme von Gesprächen zur Gründung eines Jugendwerkes angekündigt.

Mit dem Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaustausch ConAct arbeiten wir vertrauensvoll zusammen und haben uns gemeinsam mit CYMI an Aktivitäten beteiligt.

Polen

Die Kooperation mit dem Polnischen Jugendring PROM verläuft vertrauensvoll, sowohl bilateral als auch multilateral innerhalb der regionalen Kooperation Benelux Islands Central Cooperation BICC. PROM nahm etwa an der Vollversammlung und am Berlin Forum teil. Gemeinsam unterstützen PROM und wir als DBJR den ukrainischen Jugendring NYCU und den weißrussischen Jugendring RADA in ihrer Arbeit.

Das Agieren der polnischen Regierung wirkt sich weiter negativ auf die Jugendarbeit in Polen aus. Die Förderung von unabhängigen Jugendstrukturen wird eingeschränkt. Für unseren Partner PROM haben die Veränderungen gravierende Auswirkungen auf die Anerkennung und Förderung. Darunter leidet auch die Arbeitsfähigkeit, die weitgehend nur noch ehrenamtlich sichergestellt werden kann. Dank der Unterstützung durch das Deutsch-Polnische Jugendwerk DPJW ist unsere Zusammenarbeit mit PROM möglich.

Auch wenn sich die Fördersituation im DPJW 2020 verbessert hat, ist wegen den Auswirkungen der Reisebeschränkungen durch Corona die Planung und Umsetzung von Austauschmaßnahmen weitgehend unmöglich. Erschwerend kommt hinzu, dass wegen der unzureichenden Förderquote in den zurückliegenden Jahren zuletzt die Antragszahlen sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Austausch zurückgegangen sind. Der Deutsche-Polnische Jugendrat hat mit unserer Beteiligung vom 27.-28.02.2020 in Warschau getagt.

Seit Dezember 2017 sind wir im Stiftungsrat der Internationalen Jugendbegegnungsstätte (IJBS) Oświęcim vertreten. In den Sitzungen bringen wir die Perspektive der deutschen Jugendverbände in die Arbeit der IJBS ein wirken beratend an den Planungen der Bildungs- und Programmabteilung mit.

Russland

Trotz Kontroversen bei politischen Einschätzungen gibt es bei beiden Jugendringen das gemeinsame Interesse, den Jugendaustausch zwischen den Ländern auszubauen und Hemmnisse aus dem Weg zu räumen. In den letzten Monaten wurden Wege gefunden, zumindest digital im Kontakt zu bleiben, etwa im Rahmen der Videokonferenz „International Youth Meeting dedicated to the 75th anniversary of the end of World War II“ am 26.06.2020, bei der wir im Eröffnungsteil inhaltlich mitwirkten. Das nächste Jugendforum soll voraussichtlich 2021 in Russland sein. Ende 2020 werden sich voraussichtlich nur die Mitglieder des Vorstands der Deutsch-Russischen Jugendassoziation treffen, die von uns und dem NYCR gebildet wird.

Auch an der Gestaltung der deutsch-russischen Beziehungen im Jugendbereich wirken wir mit. Im November 2019 hat die Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch in Kooperation mit dem russischen Koordinierungsbüro das Gesprächsforum „Berliner Dialog zum Jugendaustausch“ veranstaltet. Ziel war, die Entwicklung des Jugendaustausches seit Unterzeichnung des Deutschen-Russischen Jugendabkommens 2004 zu analysieren. Thematisiert wurden beispielsweise die großen Probleme mit den Visaregelungen, die einen erheblichen finanziellen und organisatorischen Aufwand für die im Austausch engagierten Akteure bedeuten. Gefordert wurden zusätzliche Erleichterungen wie eine visafreie Einreise für 30 Tage im Zusammenhang mit einem Jugendaustausch. Beim Dialogforum „Jugend“ wirkten wir und NYCR mit. Die Visaprobleme wurden auch bei einem Gespräch mit Dirk Wiese thematisiert, dem von der Bundesregierung eingesetzten Koordinator für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland. Das Gespräch fand auf Initiative der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch statt. Wir warben dafür, dass für 2020 bewilligte Mittel, die angesichts der Krise nun nicht verwendet werden können, in 2021 übertragen werden können und das Gastgeberprinzip ausgesetzt wird – was jedoch von einzelnen Trägern abgelehnt wird. Kritisch sehen wir die private Initiative für die Gründung eines Deutsch-Russischen Jugendwerks, die von Personen außerhalb der Jugendarbeit im Frühsommer gestartet worden ist.

Die verantwortlichen Akteure des Petersburger Dialogs (PD) haben Interesse, künftig durch die Mitwirkung jüngerer Menschen im PD zu einer Verjüngung des Gremiums zu sorgen und stärker Interessen jungen Menschen zu berücksichtigen. Seit 2019 kann in Absprache mit der koordinierenden Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch Jugendliche für einzelne Arbeitsgruppen vorgeschlagen werden.

In Heidelberg tagte vom 19.-22.11.2019 die 15. Sitzung des Deutsch-Russischen Jugendrates. Dank eines Briefwechsels der Außenminister beider Länder zu außenpolitischen Fragen konnte sich der Jugendrat in diesem Jahr ausschließlich mit jugendpolitischen Fragen beschäftigen und nach drei Jahren wieder ein gemeinsames Protokoll verabschieden.

Tschechische Republik

Mit dem Tschechischen Kinder- und Jugendrat ČRDM arbeiten wir sowohl bilateral als auch multilateral eng zusammen. Wir begleiten gemeinsam die Arbeit der beiden Tandem-Büros in Regensburg und Pilsen und treffen uns regelmäßig zu Arbeitstreffen mit den verantwortlichen Mitarbeiter*innen vor Ort. Wir werden uns aktiv in die Umsetzung des Jahresschwerpunkts (Jugend gestaltet Zukunft) 2020-2022 einbringen und an der Auftaktveranstaltung 2021 in Würzburg teilnehmen. Gemeinsam mit ČRDM haben wir am 10. Deutsch-Tschechischen Jugendtreffen vom 8.-10.11.2019 in Berlin teilgenommen und einen Workshop zum Europäischen Jugenddialog angeboten.

Mit ČRDM kooperieren wir weiterhin im EU-Jugenddialog, in der Erinnerungsarbeit und in der regionalen BICC-Kooperation (Benelux Islands Central Cooperation, ehemals BBCplus).

Der Deutsch-Tschechische Jugendrat tagte vom 17.-19.02.2020 in Aachen. Tandem suchen aktuell nach Lösungen und Möglichkeiten, wie geplante Austausche und den für 2020-2022 geplanten Themen- und Förderschwerpunkt „Jugend gestaltet Zukunft“ umsetzen werden können. Der für das letzte Aprilwochenende 2020 geplante Auftakt in Würzburg wurde abgesagt, wird aber voraussichtlich im Frühjahr 2021 nachgeholt. Derzeit entwickelt Tandem Ideen, wie in diesem Jahr unter erschwerten Bedingungen die Arbeit am Thema und der deutsch-tschechische Jugendaustausch gemeinsam weitergebracht werden können.

Türkei

Die Zukunft der jugendpolitischen Zusammenarbeit bleibt weiter offen, weil die ursprünglich für Juni geplante Sitzung des Fachausschusses auf November 2020 verschoben wurde. Zuletzt waren auf türkischer Seite aufgrund der finanziellen Lage (das Budget des Ministeriums wurde um 30 Prozent gekürzt) nur Maßnahmen in das gemeinsame Protokoll aufgenommen worden, an denen das türkische Ministerium für Jugend und Sport direkt beteiligt ist. Die vom Ministerium für Jugend und Sport angekündigte Gründung eines „Nationalen Jugendrats der Türkei“ wurde noch nicht vollzogen. Die Verantwortung für die Gründung liegt jedoch beim türkischen Präsidenten, was die Einbeziehung von unabhängigen Jugendstrukturen wenig wahrscheinlich macht.

Demgegenüber besteht mit dem Netzwerk der unabhängigen Jugendorganisationen GoFor ein enger Kontakt. GoFor hat an einigen unserer Veranstaltungen teilgenommen, etwa an der Vollversammlung und am Berlin Forum. GoFor wurde im November 2019 auch mit unserer Unterstützung und der des DNK als Beobachter in das Europäische Jugendforum aufgenommen. Für Ende 2020 ist ein Besuch in Berlin geplant.

Ukraine

Der Ukrainische Jugendring NYCU ist seit seiner Gründung 2015 ein enger Partner für uns. Ende 2019 ist das vom Auswärtige Amt geförderte gemeinsame Projekt „Jugend in der Ukraine vor Ort stärken“ erfolgreich abgeschlossen worden. Der Schwerpunkt lag auf Aktivitäten auf lokaler Ebene, um dort die Interessen von Jugendlichen und Jugendorganisationen stärker sichtbar werden zu lassen. In 17 Regionen konnten zum Teil mit Unterstützung von Referent*innen aus unseren Mitgliedsorganisationen Veranstaltungen zur stärkeren Vernetzung der Jugendorganisationen des NYCU und darüber hinaus durchgeführt werden. Fünf regionale Jugendringe konnten in dem Förderzeitraum neu gegründet werden. 2020 sind wir mit dem NYCU Projektpartner in einem Projekt des Bund der Deutschen Katholischen Jugend mit der NYCU-Mitgliedsorganisation Obnova bei dem es um Erinnerungsarbeit, die Stärkung der Jugendpolitik in der Ukraine und die Unterstützung bei der Vernetzung mit anderen Jugendringen der Östlichen Partnerschaft geht.

Wir stehen im engen Kontakt mit dem Ukrainischen Jugendring NYCU, um uns über die aktuellen jugendpolitischen Entwicklungen in der Ukraine auszutauschen und NYCU in seiner Arbeit zu unterstützen. Aber auch die gegenseitige Teilnahme an Veranstaltungen hat große Priorität. Wir nahmen an der Generalversammlung von NYCU am 2./3.11.2019 in Kiew teil, in der unter anderem ein neuer Vorstand gewählt worden ist. NYCU war beispielsweise an bei unserer Vollversammlung und beim digitalen Berlin Forum anwesend. Leider belastet zunehmend die fehlende Unterstützung durch die ukrainische Regierung die Jugendarbeit in der Ukraine. Mit Hinweis auf die Corona-Pandemie wurden die Fördermittel weitgehend gestrichen.

Unterstützung erfolgte durch uns und das DNK auch bei dem Antrag des NYCU im Europäischen Jugendforum (YFJ) auf Vollmitgliedschaft, über den voraussichtlich im November 2020 entschieden wird. Der Vor-

stand des YFJ lehnt bisher mehrheitlich den Antrag auf Vollmitgliedschaft von NYCU ab, u.a. mit Verweis auf die Arbeit eines vor kurzem gegründeten zweiten Nationalen Jugendring (National Ukrainian Youth Association NUMO). Wir unterstützen mit zahlreichen anderen europäischen Jugendringen weiterhin den Aufnahmeantrag, weil wir die Bedingungen für eine Vollmitgliedschaft als erfüllt sehen und die Aufnahme als Vollmitglied als ein (jugend)politisch enorm wichtiges Signal.

Deutsches Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit (DNK)

Im Deutschen Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit (DNK) arbeiten wir eng mit dem Ring Politischer Jugend (RPJ) und der Deutschen Sportjugend (dsj) (seit 2004) zusammen, um international deutsche Jugendinteressen in multilateralen Kontexten zu vertreten. Im Dezember 2019 wurden drei Positionen im Sprecher*innen-Team nachbesetzt. Es besteht nun aus der Sprecherin Kirsten Hasenpusch (dsj) und den stellvertretenden Sprecher*innen Marius Schlageter (DBJR), Christoph Hörl (RPJ/Junge Union) und Rebecca Morsch (RPJ/Grüne Jugend). Im April 2020 gab es ein Spritzengespräch der Vorsitzenden der DNK-Säulen, um über strukturelle Veränderungen im DNK zu beraten.

Ein vierköpfiges Außenvertretungsteam, bestehend aus Janine Ongyerth (dsj), Lukas Schlapp (RPJ), Lukas Stede und Theresa Streib (beide DBJR) unterstützt die Arbeit des DNK-Vorstands. Sowohl bei den Treffen der BICC-Kooperation (Benelux Islands Central Cooperation, strategische Kooperation von einer Gruppe von nationalen Jugendringen im YFJ), als auch in den Sitzungen des Europäischen Jugendforums (YFJ) vertreten sie die Positionen des DNK. Das Treffen von BICC im April wurde abgesagt und in Form einer Online-Sitzung im Juni nachgeholt.



Erfolgreich ist auch die Mitarbeit in den Arbeitsgremien des YFJ. Das DNK hat die Nominierung von Benjamin Günther für die YFJ-Vizepräsidentschaft in diesem Jahr erneut ausgesprochen, nachdem er seit Ende 2018 dort das DNK vertritt. Der Expert Group on Funding des YFJ gehört Tobias Köck als Vertreter des DNK an. Ende August 2019 hat das DNK in Zusammenarbeit mit dem YFJ in Berlin ein Vernetzungstreffen mit UN-Jugenddelegierten und ihren Trägerstrukturen aus 16 europäischen Ländern veranstaltet. Das DNK nahm am Rat der Mitglieder vom 22.-23.11.2019 in Amiens/Frankreich teil. Die Sitzung im April 2020 wurde wegen der Corona-Pandemie abgesagt und in Form einer verkürzten außerordentlichen Generalversammlung im Juni online nachgeholt.

Sebastian Vogt wurde bereits im April 2019 für eine zweite Amtszeit vom Europäischen Jugendforum in das Advisory Council on Youth des Europarats (AC) für die Arbeitsperiode 2020 bis 2021 wiedergewählt und vertritt dort seit 2018 das DNK. Das AC arbeitet an den Jugendthemen des Europarats direkt zusammen mit den staatlichen nationalen Vertretungen im Europarat (Co-Management). Dadurch können wir Positionen zu allen Aktivitäten des Jugendsektors einbringen, zum Beispiel im Rahmen der Vorbereitung der 3. Youth Work Convention vom 7.-10.12.2020 in Bonn. Geplant ist die Verabschiedung einer Youth Work Agenda, mit der die Jugendarbeit in Europa weiterentwickelt und gestärkt werden soll. *[siehe Seite 14]*

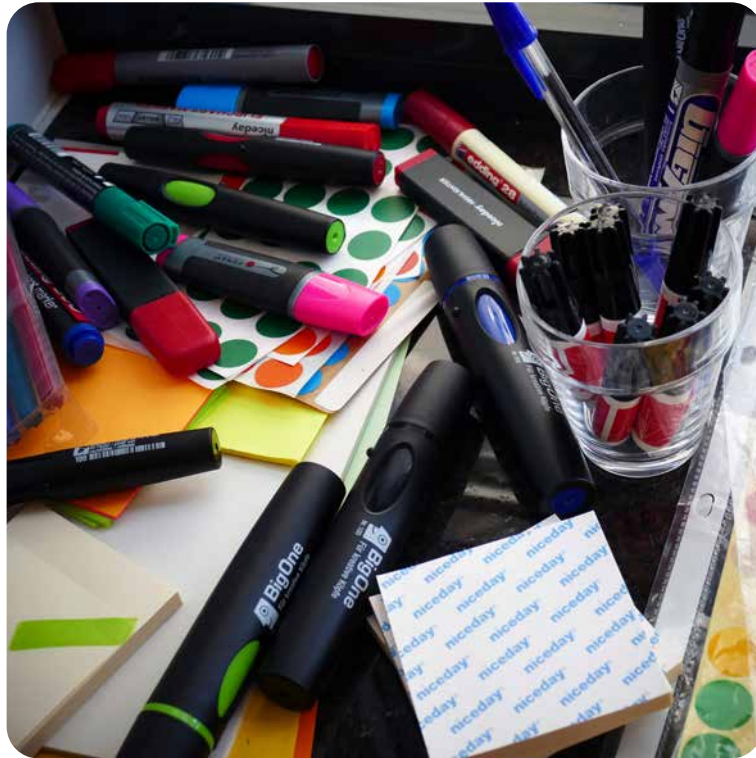
Das Interesse am Jugenddelegiertenprogramm zur UN-Generalversammlung ist unverändert hoch. Mit ihrem Engagement und ihren Redebeiträgen haben die beiden Delegierten Josephine Hebling und Nikolas Karanikolas international große Aufmerksamkeit bekommen und national eine breite Medienpräsenz gehabt. Auf EU-Ebene haben sie die Vernetzung zwischen den Jugenddelegierten vorangetrieben. Ihre Deutschlandtour umfasste mehr als 50 Stationen. Ein Debriefing, wie in den vergangenen Jahren üblich, konnte aufgrund der Corona-Pandemie nicht stattfinden. Seit April haben die Aufgabe der Jugenddelegierten Eva Croon (Deutsches Jugendrotkreuz) und Paul Klahre (Deutsche Pfadfinderschaft St. Georg) übernommen. Herausgefordert durch die Kontaktbeschränkungen und der Absage vieler Veranstaltungen (u.a. der High Level Political Week der UN Generalversammlung in New York) finden die Jugenddelegierten neue Wege, um im digitalen Raum ihr Amt auszuführen.

Das DNK hat den Auswahlprozess für die Entsendung von drei Vertreter*innen für den Y20-Gipfel in Cordoba (Felix Kaminski (RPJ/SPD), Moritz Raykowski (dsj), Lisa Mastiaux (RPJ/Junge Union) und vier Vertreter*innen für den Y7-Gipfel in Washington (Michael Leyendecker (dsj), Anne Steuernagel (RPJ/Grüne Jugend), Laura Sophie Gaißmaier (DBJR/JEF), Jonas Bickmann (dsj)) übernommen. Im DNK wird momentan über eine Verstetigung dieser Prozesse diskutiert und im Zuge dessen besteht auch Kontakt zum BMFSFJ und dem Kanzleramt, um entsprechende Bedingungen abzuklären.

Die Zusammenarbeit mit den Jugendringen der Östlichen Partnerschaft der EU bleibt im Fokus. Für das DNK ist es wichtig, die nationalen Jugendringe in der Region zu unterstützen und Jugendinteressen und aktuelle Jugendthemen in Aktivitäten der Östlichen Partnerschaft der EU einzubringen. Das DNK arbeitet eng mit dem Nationalen Kinder- und Jugendring von Belarus „RADA“ zusammen, sowohl bilateral als auch im Rahmen einer Koalition mit anderen Jugendringen.

Das DNK steht mit den beiden Landesjugendringen in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein im Kontakt, um jugendpolitische Interessen in die unterschiedlichen staatlichen Institutionen und Gremien der Ostsee-Zusammenarbeit einbringen zu können.

Darüber hinaus entsendet das DNK Vertreter*innen zu internationalen Konferenzen, beispielsweise zum Youth Forum „Perspectives 20-30“ der OSZE am 28.-29.10.2019 in Bratislava.



GREMIEN ARBEITSGRUPPEN VERTRETUNGEN

GREMIEN UND ARBEITSGRUPPEN

Im DBJR wirken Vertreter*innen aus Mitgliedsorganisationen in Arbeits- und Projektgruppen mit. Die Mitglieder werden durch den Hauptausschuss gewählt und berufen. Das gilt auch für die Stiftung Jugend macht Demokratie. Durch das Engagement des DBJR im Deutschen Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit ist der DBJR-Vorstand auch in internationalen Gremien aktiv.

ARBEITSGRUPPE EUROPÄISCHE JUGENDPOLITIK

Mitglieder: Dorothee Ammermann (Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend in Deutschland), Flannery Ryan (Deutsche Chorjugend), Jakob Kemper (Bund der Deutschen Katholischen Jugend), Laura Raiser (Deutscher Pfadfinder*innenverband), Leonie Hornung (Ring Deutscher Pfadfinderinnenverbände), Marco Giovanni Mattioli (THW-Jugend), Malte Steuber (Junge Europäische Föderalisten), Marius Schlageter (DBJR-Vorstand; Ring deutscher Pfadfinderverbände), Tobias Behlau (Bund Deutscher Karneval-Jugend) Tobias Thiele (Naturfreundejugend Deutschlands), Hana Campos (djo-Deutsche Jugend in Europa).

Weitere Mitglieder: Theresa Streib (DNK-Außenvertretungsteam, Naturfreundejugend Deutschlands), Lukas Stede (DNK-Außenvertretungsteam, Bund der Deutschen Landjugend), Sebastian Vogt (Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend in Deutschland, Mitglied im Beirat Jugend des Europarats), Florian Sanden (Europabüro katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung), Lea Sedlmayr (AGJ Fachausschuss Europa), Linda Stein (DBJR) Laura Gies (DBJR), Jochen Rummenhüller (DBJR), Christian Schroth (Mitglied des Nationalen Beirats Jugend in Aktion).

ARBEITSGRUPPE INTERNATIONALE JUGENDPOLITIK

Mitglieder: Alexandra Münchberg (Bund der Deutschen Landjugend), Elisabeth Lüdeking (Bund der Deutschen Katholischen Jugend), Ali Akbulut (Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland e.V.), Iris Nadolny (Solidaritätsjugend Deutschland/DFJW Beirat), Juliane Niklas (Bayerischer Jugendring/Mitglied im Deutsch-Russischen Jugendrat), Dirk Thesenvitz (Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland), Stefan Cornel (Deutsche Jugendfeuerwehr), Johanna Heil (djo -Deutsche Jugend in Europa), Antje Reimann (Deutsche Schreiberjugend) sowie Hetav Tek (Deutsch-Chinesische Fachgespräche/Deutsch-Türkischer Fachausschuss/IJAB-Vorstand/DBJR-Vorstand), und Jochen Rummenhüller (DBJR).

Weitere kooptierte Mitglieder: Annette von Stockhausen (Deutsch-Israelischer Fachausschuss/Deutsch-Israelischer Koordinierungsrat), Ingo Henke (Mitglied des Kuratoriums der Stiftung DRJA), Tim Scholz (Deutsch-Polnisches Jugendwerk), Christoph Röttgers (Deutsch-Tschechischer Jugendrat)

EXPERT*INNENGRUPPE RECHT

Mitglieder: Sandra Fassolt (BDK-jugend), Markus Schön (Bund der Deutschen Katholischen Jugend), Volker Brand (Bund der Deutschen Katholischen Jugend), Christian Weis (DBJR), Michael Bier (Bund der Deutschen Katholischen Jugend), Nico Runge (Sozialistische Jugend Deutschlands-Die Falken), Phillip Melle (Bayerischer Jugendring), Lisi Maier (DBJR-Vorstand)

Aufgabe: Die Expertinnengruppe Recht berät den Vorstand in juristischen Fragestellungen. Sie agiert als Berater*innenpool für die DBJR-Geschäftsstelle.

KINDER- UND JUGENDPLANKOMMISSION

Mitglieder: Anne Borucki (Ring deutscher Pfadfinderverbände/Ring Deutscher Pfadfinderinnenverbände, bis 12/2019), Carsten Schramm (Ring deutscher Pfadfinderverbände/Ring Deutscher Pfadfinderinnenverbände, ab 12/2019), Manuela Conte (DGB-Jugend), Haymo Dorn (Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken), Wolfgang Ehrenlechner (Bund der Deutschen Katholischen Jugend), , Matthias Sammet (Bund der Deutschen Landjugend), Ottokar Schulz (Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend in Deutschland, bis 12/2019), Michael Peters (Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend in Deutschland, ab 12/2019), Robert Werner (djo-Deutsche Jugend in Europa, Vorsitzender)

Matthias Gawol (DBJR-Referent Finanzen und Personal), Lisi Maier und Tobias Köck (DBJR-Vorstand), Clara Wengert (DBJR-Geschäftsführerin)

STIFTUNG JUGEND MACHT DEMOKRATIE

Sachkundige Bürger*innen im Kuratorium: Kathrin Moosdorf, Detlef Raabe, Mike Corsa

Vertreter*innen der Mitgliedsorganisationen im Kuratorium: Marcel Päßler (Solidaritätsjugend Deutschlands, Vorsitzender), Matthias Sammet (Bund der Deutschen Landjugend), Jacqueline Weil (Ring deutscher Pfadfinderverbände/Ring Deutscher Pfadfinderinnenverbände)

Vertreterin des DBJR-Vorstands im Kuratorium: Alma Kleen (DBJR-Vorstand)

Stiftungsvorstand: Tobias Köck (Vorsitzender), Lisi Maier (stv. Vorsitzende), Clara Wengert (Geschäftsführerin)

NATIONALE ARBEITSGRUPPE ZUR UMSETZUNG DES EU-JUGENDDIALOGS IN DEUTSCHLAND

Vorsitz: Marius Schlageter (DBJR-Vorstand)

Stellvertretender Vorsitz: Ann-Kathrin Fischer (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), Linda Kadatz (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)

Mitglieder: Thomas Herold (Jugend- und Familienministerkonferenz der Länder), Markus Krajc (Landesjugendring Schleswig-Holstein), Dennis Kirschbaum (Bündnis für muslimische Jugendarbeit), Andreas Gladisch (Konferenz der Leiter*innen der Großstadtjugendämter des Deutschen Städtetages), Jan Gabriel (Soziokulturelles Zentrum „Die VILLA“), Volker Rohde (Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e. V.), Birgit Beierling (Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit), Wendla Schaper (aktuelle EU-Jugendvertreterin 2020/2021), Max Schön (aktueller EU-Jugendvertreter 2020/2021), Annalena di Carlo (aktuelle EU-Jugendvertreterin 2020/2021), Yvonne Buchalla (JUGEND für Europa - Nationale Agentur Erasmus+ JUGEND IN AKTION und Europäisches Solidaritätskorps), Sebastian Bock (Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V.)

DNK-VORSTAND

Mitglieder: Tobias Köck (DBJR-Vorstand), Lisi Maier (DBJR-Vorstand), Hetav Tek (DBJR-Vorstand), Marius Schlageter (DBJR-Vorstand, stv. DNK-Sprecher), Rebecca Morsch (Ring Politischer Jugend/Grüne Jugend, stv. DNK-Sprecherin), Christoph Hörl (Ring Politischer Jugend/Junge Union), Alice Schmidt (Ring Politischer Jugend/Junge Liberale), Kirsten Hasenpusch (Deutsche Sportjugend/DNK-Sprecherin).

AUSSENVERTRETUNGEN

Der Hauptausschuss beauftragt laut Geschäftsordnung Vertreter*innen aus Mitgliedsorganisationen mit der Außenvertretung des DBJR im nationalen wie internationalen Bereich. Darüber hinaus ergeben sich Vertretungsaufgaben durch Mitgliedschaften oder Kooperationen des DBJR in und mit anderen Netzwerken oder Organisationen sowie durch die jugendpolitische Interessenvertretung des Vorstandes. Wir listen an dieser Stelle alle wesentlichen Vertretungen in alphabetischer Reihenfolge auf und beschreiben kurz die Aufgabe. Die Außenvertretungen berichten an die Gremien des DBJR.

AKADEMIE DER KULTURELLEN BILDUNG

Vertretung: Kerstin Guthmann (Bund Deutscher Pfadfinder*innen), Matthias Laurisch (Deutsche Bläserjugend, bis 06/2020), Theres du Vinage (djo - Deutsche Jugend in Europa), Laura Schwab (Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland, ab 09/2020).

Aufgabe: Die Akademie der Kulturellen Bildung des Bundes und des Landes NRW ist das zentrale Fortbildungsinstitut für Multiplikator*innen der kulturellen Jugendbildung der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Nordrhein-Westfalen. Träger der Akademie ist ein gemeinnütziger Verein, in dem die Praxisfelder der Kinder- und Jugendarbeit und der kulturellen Bildung sowie der ausbildenden Hochschulen vertreten sind. Die Akademie entwickelt und begleitet in Zusammenarbeit mit den Fortbildungsteilnehmer*innen eine Vielzahl von Praxisprojekten und ist selbst Träger von bundesweit und international wirksamen Modellprojekten und Initiativen, die neue Impulse setzen und fachliche Innovationen anregen.

BEIRAT DES BUNDES ZUR UMSETZUNG DER EU-JUGENDSTRATEGIE IN DEUTSCHLAND

Vertretung: Tobias Köck (DBJR-Vorstand)

Aufgabe: Der Beirat des Bundes zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland wurde 2010 vom BMFSFJ berufen und nimmt eine zentrale Rolle bei der Beratung und fachlichen Begleitung des Umsetzungsprozesses der EU-Jugendstrategie auf Bundesebene ein. Ihm gehören Vertreter*innen der öffentlichen und freien Träger der Jugendhilfe, der Bundesländer und der kommunalen Spitzenverbände, der Wohlfahrtsverbände und der Jugendforschung an.

BEIRAT DES 3. BUNDESKONGRESSES KINDER- UND JUGENDARBEIT

Vertretung: Christian Weis (DBJR)

Aufgabe: Der Beirat begleitet die Vorbereitung des Kongresses und berät das Organisationsteam. Schwerpunkt: die notwendig gewordene Verschiebung des Kongresses um ein Jahr und die kurzfristige Organisation von ON/OFF 2020, als digitales Intro zum 3. Bundeskongress Kinder- und Jugendarbeit.

BERATERKREIS DER BUNDESREGIERUNG ZUR ARMUTS- UND REICHTUMSBERICHTERSTATTUNG

Vertretung: Matthias Schröder (DBJR-Vorstand)

Aufgabe: Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat einen ständigen Beraterkreis mit Vertreter*innen der Länder, Kommunen, Verbände, Institutionen und der Betroffenenorganisationen berufen für den Bericht *Lebenslagen in Deutschland - Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Zurzeit wird der 6. Bericht erarbeitet. Das besondere Interesse des DBJR besteht darin, dass die Themen Kinderarmut und Jugendarmut angemessen berücksichtigt werden.

BUNDESJUGENDKURATORIUM (19. LEGISLATUR)

Vertretung: Lisi Maier (DBJR-Vorstand)

Aufgabe: Das Bundesjugendkuratorium ist ein Sachverständigengremium der Bundesregierung, dem 15 Expert*innen aus Politik, Verwaltung, Verbänden und Wissenschaft angehören. Es berät die Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der Kinder- und Jugendhilfe und in Querschnittsfragen der Kinder- und Jugendpolitik. Das Bundesjugendkuratorium wird in jeder Legislatur neu besetzt und ist im SGB VIII verankert.

BUNDESAUSSCHUSS FÜR POLITISCHE BILDUNG

Vertretung: Peter Bednarz (Landesjugendring NRW)

Aufgabe: Im Bundesausschuss für politische Bildung (bap) haben sich rund 30 bundesweit arbeitende Trägerverbände der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung zusammengeschlossen. Gemeinsames Ziel der unterschiedlich orientierten Organisationen ist es, sich für die Entwicklung und Verbesserung der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung durch Erfahrungsaustausch und Kooperation zu engagieren, die Einsicht in die Bedeutung dieses Bildungsbereichs und die Notwendigkeit seiner öffentlichen Förderung zu verbreiten und durchzusetzen.

BUNDESPRÜFSTELLE FÜR JUGENDGEFÄHRDENDE MEDIEN

Vertretung: Dr. Anna Grebe (Bund der Deutschen Katholischen Jugend); Stellvertretung: Kai Mungenast (Landesjugendring Baden-Württemberg)

Aufgabe: Das 12er-Gremium der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) trifft Grundsatzentscheidungen unter anderem darüber, ob bestimmte Medien die „Entwicklung von Kindern oder Jugendlichen oder ihre Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit [...] gefährden“ (vgl. JuSchG, §§17-25) und daher in Indizierungslisten aufgenommen werden. Diese Medien dürfen dann Kindern und Jugendlichen nicht mehr zugänglich gemacht werden.

BUNDESNETZWERK BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Vertretung: Christian Weis (DBJR)

Aufgabe: Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) ist ein Zusammenschluss von ca. 250 Akteur*innen aus Bürgergesellschaft, Staat, Wirtschaft und Kommunen. Das Ziel des Netzwerks ist die nachhaltige Förderung von Bürgergesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement in allen Gesellschafts- und Politikbereichen. Der DBJR ist „geborenes“ Mitglied des Koordinierungsausschusses (KOA).

DEUTSCHES JUGENDHERBERGSWERK

Vertretung: Jaqueline Weil (Ring deutscher Pfadfinderverbände)

Aufgabe: Aus den Reihen der über 100 körperschaftlichen Mitglieder des Deutschen Jugendherbergswerks (DJH) wählt die „Versammlung der körperschaftlichen Delegierten“ alle fünf Jahre insgesamt 17 gemeinsame Delegierte für die Mitgliederversammlung des Deutschen Jugendherbergswerk. Sie setzen sich vor allem für die Interessen und Bedürfnisse der jugendlichen Nutzer*innen von Jugendherbergen ein.

DEUTSCHES JUGENDINSTITUT

Vertretung: Clara Wengert (DBJR)

Aufgabe: Das Deutsche Jugendinstitut e. V. (DJI) wurde auf Beschluss des Deutschen Bundestages gegründet. Es ist bundesweit das größte außeruniversitäre sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut im Bereich Kinder, Jugendliche, Frauen und Familien. Wissenschaftliche Mitarbeitende untersuchen langfristig und

systematisch die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen, Frauen und Familien sowie darauf bezogene öffentliche Angebote zu ihrer Unterstützung und Förderung.

DEUTSCH-CHINESISCHE FACHGESPRÄCHE

Vertretung: Hetav Tek (DBJR-Vorstand)

Aufgabe: Ziel der Deutsch-Chinesischen Fachgespräche ist, sich über den Stand der Jugendpolitik, über Programme zur Jugendförderung sowie über die Arbeit der Jugendorganisationen des Partnerlandes zu informieren und gemeinsame Verabredungen zur Kooperation zu treffen. Grundlage der Gespräche ist die Vereinbarung zwischen dem BMFSFJ und dem Allchinesischem Jugendverband der Volksrepublik China über die Zusammenarbeit im Bereich der Jugendhilfe aus dem Jahr 2006.

DEUTSCH-FRANZÖSISCHES JUGENDWERK (BEIRAT)

Vertretung: Iris Nadolny (Solidaritätsjugend Deutschlands), Stefanie Rothermel (stellv. Mitglied, Bund der Deutschen Katholischen Jugend), Daniel Steiger (stellv. Mitglied, Bund der Deutschen Katholischen Jugend)

Aufgabe: Der Beirat berät die inhaltliche Orientierung des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW), seine Schwerpunkte und Programme. Er ist neben dem Verwaltungsrat, der sich vor allem um den Haushalt, die Organisation und Personalfragen kümmert, das zentrale Gremium zur Gestaltung der Arbeit des DFJW. Der Berichterstatter ist in der laufenden Wahlperiode auf deutscher Seite Vorsitzender des Gremiums.

DEUTSCH-FRANZÖSISCHES JUGENDWERK (VERWALTUNGSRAT)

Vertretung: Barbara Bißbort (Bund der Deutschen Landjugend).

Aufgabe: An der Spitze des Jugendwerks steht seit 2006 der Verwaltungsrat, der sich aus 14 Mitgliedern zusammensetzt und in dem die für Jugendfragen zuständigen Minister beider Länder den Vorsitz haben. Mit Ausnahme der beiden Jugendvertreter*innen sind alle Mitglieder Vertreter*innen von Regierungen oder Regierungsfractionen. Seine Hauptaufgaben sind laut Abkommen die Festlegung der vorrangigen Maßnahmen des Jugendwerks, der Beschluss der Programme sowie des Haushaltsplans. Der Verwaltungsrat tritt in der Regel einmal jährlich zusammen, abwechselnd in Deutschland und Frankreich.

DEUTSCH-GRIECHISCHE DELEGATION ZUR UMSETZUNG UND ENTWICKLUNG DER JUGENDZUSAMMENARBEIT

Vertretung: Tobias Köck (DBJR-Vorstand)

Aufgabe: Die deutsch-griechische Delegation zur Umsetzung und Entwicklung der Jugendzusammenarbeit tagt einmal jährlich. Das Fachgremium hat die Aufgabe, sich über den Stand der Jugendpolitik, über Programme zur Jugendförderung und der Arbeit der Jugendorganisationen der jeweils anderen Vertragspartei zu informieren sowie gemeinsame Programme und Maßnahmen zu koordinieren.

DEUTSCH-ISRAELISCHER FACHAUSSCHUSS DEUTSCH-ISRAELISCHER KOORDINIERUNGSRAT

Vertretung: Annette von Stockhausen (Ring deutscher Pfadfinderverbände/Ring Deutscher Pfadfinderinnenverbände)

Aufgabe: Der Deutsch-Israelische Fachausschuss ist bilateral besetzt, berät Grundsatzfragen des Jugend- und Fachkräfteaustauschs und gibt Empfehlungen zu den zur Förderung vorgeschlagenen Begegnungen für das jeweils kommende Jahr ab. Der Koordinierungsrat für den Deutsch-Israelischen Jugendaustausch besteht aus den deutschen Mitgliedern des bilateralen Fachausschusses (BMFSFJ, DBJR, Deutsche Sportjugend, Länder, Kommunen, Deutsch-Israelische Gesellschaft) und einigen weiteren Vertreter*innen (Sach-

sen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Evangelische Akademie Wittenberg). Er begleitet die Arbeit des deutschen Koordinierungszentrums für den Deutsch-Israelischen Jugendaustausch ConAct, berät das BMFSFJ und arbeitet dem Fachausschuss zu.

DEUTSCH-POLNISCHES JUGENDWERK (JUGENDRAT)

Vertretung: Tim Scholz (Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken)

Aufgabe: Der Deutsch-Polnische Jugendrat ist das oberste Organ des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes. Er beschließt den Haushalt, das Jahresprogramm und ebenso die Richtlinien des Jugendwerkes.

DEUTSCH-RUSSISCHER JUGENDRAT

Vertretung: Juliane Niklas (Bayerischer Jugendring)

Aufgabe: Die Vertretung der Interessen der Jugendverbände im Jugendrat, Information der Jugendverbände über Ergebnisse und Verlauf der Sitzung, Beratung der Jugendverbände zu organisatorischen und inhaltlichen Fragen, Vertretung der Interessen der Jugendverbände in der Kooperation mit dem BMFSFJ und der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch, Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Nationalen Kinder- und Jugendrat Russlands.

DEUTSCH-TSCHECHISCHER JUGENDRAT

Vertretung: Christoph Röttgers (Naturschutzjugend)

Aufgabe: Der deutsch-tschechische Jugendrat begleitet die Tandem-Koordinierungszentren in Regensburg und Pilsen fachlich. Hier ist der Austausch über jeweils aktuelle jugendpolitische Entwicklungen der Länder verortet und es werden inhaltliche Schwerpunktsetzungen verabredet. Wir haben nur einen stellvertretenden Sitz.

DEUTSCH-TÜRKISCHER FACHAUSSCHUSS

Vertretung: Hetav Tek (DBJR-Vorstand)

Aufgabe: Der Ausschuss, von Deutschland und der Türkei paritätisch besetzt, ist Basis für die jugendpolitische Zusammenarbeit, informiert sich gegenseitig über die jugendpolitischen Ziele und trifft Vereinbarungen über die weitere bilaterale Zusammenarbeit.

EVALUIERUNGSKOMMITTEE ERASMUS+

Vertretung: Laura Raiser (Bayerischer Jugendring)

Aufgabe: Das Evaluierungskomitee diskutiert die strittigen Förderanträge zu Erasmus+ zusammen mit der Nationalagentur Jugend für Europa und wird jeweils auf ein Jahr ernannt.

FACHBEIRAT KOMPETENZZENTRUM JUGEND-CHECK (KOMJC)

Vertretung: Daniela Broda (DBJR-Vorstand), Alma Kleen (DBJR-Vorstand), Christian Weis (DBJR)

Aufgabe: Aufgabe des KomJC ist die Weiterentwicklung und Durchführung des Jugend-Checks. Das Kompetenzzentrum Jugend-Check wird begleitet und unterstützt durch einen Beirat aus jugendpolitischen und wissenschaftlichen Expert*innen. Der Beirat wird durch das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV) als Projektträger berufen

FORUM GEGEN RASSISMUS

Vertretung: Sarah Gräf (djo-Deutsche Jugend in Europa)

Aufgabe: Das Forum gegen Rassismus wird vom Innenministerium koordiniert. Die Mitglieder sind vor allem Vertreter*innen von Nichtregierungsorganisationen, die auf diesem Themengebiet tätig sind, häufig auch Interessenverbände betroffener Gruppen. Das Forum tagt zweimal im Jahr. Ergänzendes Gremium ist die geschäftsführende Arbeitsgruppe, die zweimal dazwischen tagt, Themen inhaltlich voranbringt und die Sitzungen vorbereitet.

FREIWILLIGE SELBSTKONTROLLE DER FILMWIRTSCHAFT

Vertretung: Herbert Münch (Arbeiter-Samariter-Jugend), Silvia Bütke (Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend in Deutschland), Dr. Gabriele Weitzmann (Bayerischer Jugendring), Aytekin Celic (Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland), Dr. Anna Grebe, Daniel Poiger und Benedikt Schulz (alle Bund der Deutschen Katholischen Jugend), Torsten Jahr und Theo Hoffmann (beide Bund Deutscher Pfadfinder*innen), Miriam Wolters (Deutsche Schreiberjugend Bundesverband), Antonia Goldhammer (djo-Deutsche Jugend in Europa), Wolfgang Knauer (Landesjugendring Rheinland-Pfalz), Uwe Sommer (Landesjugendring Schleswig-Holstein), Rüdiger Jahn (Ring deutscher Pfadfinderverbände) und Nathalie Löwe (Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken)

Aufgabe: Die Hauptaufgabe der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft besteht in der Prüfung der Altersfreigabe von Filmen, DVDs, Blu-rays und sonstiger Medienträger (Videokassetten, Trailer, Werbefilme), die in Deutschland zur öffentlichen Vorführung vorgesehen sind.

HAUS DER GESCHICHTE DER BRD

Vertretung: Dörte Hein (Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken), Cem Özcan (Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland)

Aufgabe: Begleitung der Ausstellungsprojekte aus Sicht der im Arbeitskreis vertretenen gesellschaftlichen Gruppen.

IJAB - FACHSTELLE FÜR INTERNATIONALE JUGENDARBEIT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Vertretung: Jochen Rummenhüller (DBJR)

Aufgabe: IJAB ist eine Fachstelle aller relevanten Akteure der internationalen Jugendarbeit, sowohl der freien als auch der öffentlichen Träger. Hinzu kommt die Trägerschaft für die Nationalagentur im EU-Programm Erasmus+, JUGEND IN AKTION sowie die Projektförderung für verschiedene Aufgaben des BMFSFJ.

JUGENDEDELEGIERTE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Vertretung: Felix Kaminski und Sophia Bachmann

Aufgabe: Die Vertretung der Interessen deutscher Kinder und Jugendlicher im High Level Political Forum (HLPF) und im Agenda2030-Prozess. Dazu zählen die Beratung der deutschen Delegation in Jugendfragen, Gespräche mit Delegierten verschiedener Länder, Ländergruppen und anderen wichtigen Stakeholdern, die Zusammenarbeit und Positionsentwicklung mit anderen Jugendvertreter*innen in der „Major Group for Children and Youth“ (MGCY). Die Delegierten übernehmen zudem die Multiplikator*innen- und Referent*innenrolle für die Jugendverbände.

MITGLIEDERVERSAMMLUNG DES BUNDESNETZWERKES KINDER- UND JUGENDARBEIT

Vertretung: Daniela Broda (DBJR-Vorstand), Christian Weis (DBJR)

Aufgabe: Das Bundesnetzwerk Kinder- und Jugendarbeit wurde am 21.03.2019 in Nürnberg gegründet. Ziel des Netzwerks ist, die verschiedenen Praxisfelder und Themenbereiche der Kinder- und Jugendarbeit bzw. der sie repräsentierenden Verbände, Arbeitsgemeinschaften und Organisationen auf Bundesebene zu vernetzen, den Fachdiskurs über die Grundlagen der Kinder- und Jugendarbeit zu fördern und damit die fachliche, fachpolitische und gesellschaftliche Relevanz der Kinder- und Jugendarbeit zu stärken. Das Bundesnetzwerk will zukünftig regelmäßig einen bundesweiten Fachkongress Kinder- und Jugendarbeit veranstalten.

Sprecher*innenkreis: Daniela Broda (Vorstand)

NATIONALE ARMUTSKONFERENZ

Vertretung: Philipp Schweizer (Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken), Matthias Schröder (DBJR-Vorstand)

Aufgabe: Die Nationale Armutskonferenz (NAK) ist eine einzigartige Kooperation zwischen Wohlfahrtsverbänden und Betroffenenorganisationen. Die Kooperation ermöglicht, das Thema Armut auf die politische Tagesordnung zu setzen. Dafür werden u.a. jährliche Fachtage genutzt. Insbesondere die Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen konnten in den letzten Jahren weiter ausgebaut werden.

NATIONALE PLATTFORM BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Vertretung: Wendelin Haag (DBJR-Vorstand)

Aufgabe: Die Nationale Plattform steuert den Prozess der Umsetzung Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Im Fachforum Jugend/informelle Bildung wirkt der DBJR mit. Das Fachforum berät die Plattform, wie Bildung für Nachhaltige Entwicklung im außerschulischen Bereich umgesetzt werden kann.

NATIONALER BEIRAT FÜR DAS EU-AKTIONSPROGRAMM JUGEND IN AKTION

Vertretung: Christian Schroth (Bayerischer Jugendring), Florian Sanden (Bund der Deutschen Katholischen Jugend), Laura Gies (DBJR)

Aufgabe: Der Nationale Beirat berät das BMFSFJ und die Nationalagentur Jugend für Europa (JfE) bei der Umsetzung des Programms in fachlicher und jugendpolitischer Sicht mit dem besonderen Fokus auf inhaltliche Schwerpunkte, Rahmenbedingungen des Förderverfahrens, Auswirkungen auf die nationalen Strukturen sowie die Weiterentwicklung des Programms.

NATIONALER BEGLEITAUSSCHUSS ERASMUS+

Vertretung: Tobias Köck (DBJR-Vorstand)

Aufgabe: Der Nationale Begleitausschuss Erasmus+ berät das BMFSFJ und das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) bei der Umsetzung des Programms in fachlicher Sicht mit dem besonderen Fokus auf inhaltliche Schwerpunkte, Rahmenbedingungen des Förderverfahrens, Auswirkungen auf die nationalen Strukturen sowie die Weiterentwicklung des Programms.

NETZWERK EUROPÄISCHE BEWEGUNG DEUTSCHLAND

Vertretung: Tobias Köck (DBJR-Vorstand)

Aufgabe: Mit ihren 238 Mitgliedsorganisationen bildet die *Europäische Bewegung Deutschland (EBD)* das größte europapolitische Netzwerk in Deutschland. Es ist der überparteiliche Zusammenschluss der Interessengruppen im Bereich der Europapolitik. Es organisiert und intensiviert die Europakommunikation und europäische Vorausschau im Dialog mit EU-Akteuren auf nationaler und europäischer Ebene.

NETZWERK INTERKULTURELLER JUGENDVERBANDSARBEIT UND -FORSCHUNG (NIJAF)

Vertretung: Christian Weis (DBJR), Ludwig Weigel (DBJR)

Aufgabe: Austausch über die Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund in die Kinder- und Jugendverbände und von MJSO in die Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit. Bestandteil des Netzwerkes ist auch die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis im Feld der interkulturellen Öffnung. Die Steuerung des Netzwerkes erfolgt durch IDA e.V., DBJR, dsj und eine*n Vertreter*in der Wissenschaft.

RAT FÜR NACHHALTIG ENTWICKLUNG

Vertretung: Lisi Maier (DBJR-Vorstand)

Aufgabe: Der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) wurde im April 2001 von der Bundesregierung berufen. Dem Rat gehören 15 Personen des öffentlichen Lebens an. Aufgaben sind die Entwicklung von Beiträgen für die Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, die Benennung von konkreten Handlungsfeldern und Projekten sowie Nachhaltigkeit zu einem wichtigen öffentlichen Anliegen zu machen.

STIFTUNG FÜR DIE INTERNATIONALE JUGENDBEGEGNUNGSSTÄTTE IN OŚWIĘCIM

Vertretung: Matthias Schröder (DBJR-Vorstand)

Aufgabe: Der Rat der Stiftung für die internationale Jugendbegegnungsstätte in Auschwitz berät über das Programm und die Aktivitäten der Stiftung. Die Stiftung übernimmt eine Bildungs- und Erziehungsfunktion für Jugendliche und Erwachsene aus verschiedenen Teilen der Welt - insbesondere für polnische und deutsche Jugendliche - im Rahmen der Arbeit der Begegnungsstätte in Oświęcim und auf Grundlage der Geschichte des Konzentrationslagers Auschwitz.

STIFTUNG DEUTSCHE JUGENDMARKE

Vertretung: Clara Wengert (DBJR)

Aufgabe: Die Stiftung Deutsche Jugendmarke verwaltet die Zuschlag-Erlöse der jährlich vom Bundesminister für Finanzen herausgegebenen Sonderwertzeichen *Für die Jugend*. Satzungsgemäß werden mit diesen Mitteln Maßnahmen zum Wohle junger Menschen in Deutschland gefördert. Die Geschäftsführung des DBJR ist qua Amt eines der acht satzungsgemäßen Mitglieder der Stiftung.

STIFTUNG DEUTSCH-RUSSISCHER JUGENDAUSTAUSCH (KURATORIUM)

Vertretung: Ingo Henke (THW-Jugend)

Aufgabe: Die Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch wurde im Februar 2006 in öffentlich-privater Partnerschaft gegründet. Gesellschafter der Stiftung sind das BMFSFJ, die Freie und Hansestadt Hamburg, die Robert Bosch Stiftung GmbH und der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft. Sie hat das Ziel, die deutsch-russische Jugend- und Schüler*innen-Zusammenarbeit zu erweitern und ihr neue Impulse zu verleihen. Das Kuratorium gibt der Stiftung entsprechende Empfehlungen.

STIFTUNG WEST-ÖSTLICHE BEGEGNUNG

Vertretung: Jochen Rummenhüller (DBJR)

Aufgabe: Zweck der Stiftung ist die Förderung der Völkerverständigung und des Friedens durch Vertiefung und Ausweitung von nachbarschaftlichen Beziehungen und Kontakten zwischen Menschen aus Deutschland und jenen in den jetzt unabhängigen Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Die Stiftung West-Östliche Begegnungen unterstützt zukunftsgerichtete Begegnungsprojekte mit diesen Ländern.

MITGLIEDERGRUPPE BUNDESZENTRALE JUGENDVERBÄNDE IN DER AGJ

Von den rund 100 Mitgliedern der AGJ gehören 35 zur Mitgliedergruppe bundeszentrale Jugendverbände und Landesjugendringe. Der DBJR, der selber nicht Mitglied der AGJ ist, nimmt die Federführung der Gruppe wahr und unterstützt ihre Vertreter*innen in den sechs Fachausschüssen der AGJ sowie im AGJ-Vorstand und im Geschäftsführenden Vorstand der AGJ. Diese Mitglieder/Vertreter*innen sind mit Stand 01.09.2020:

Stellvertretender Vorsitzender der AGJ: Björn Bertram (Landesjugendring Niedersachsen)

Delegierte im AGJ-Vorstand: Yvonne Everhartz (Bund der Deutschen Katholischen Jugend), Rebekka Kemmler-Müller (Deutsche Sportjugend), Dr. Gabriele Weitzmann (Bayerischer Jugendring).

*AGJ-Vorstand: Abwesenheitsvertreter*innen sind:* Daniela Broda (Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend in Deutschland), Dr. Jaana Eichhorn (Deutsche Sportjugend), Reiner Jäckel (Hessischer Jugendring)

*Vertreter*innen im Fachausschuss I (Organisations-, Finanzierungs- und Rechtsfragen):* Dr. Gabriele Weitzmann (Bayerischer Jugendring), Christian Weis (DBJR)

*Vertreter*innen im Fachausschuss II (Kinder- und Jugend(hilfe)politik in Europa):* Lea Sedlmayr (Bayerischer Jugendring), Dorothee Ammermann (Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend in Deutschland)

*Vertreter*innen im Fachausschuss III (Qualifizierung, Forschung, Fachkräfte):* Dr. Gunda Voigts

*Vertreter*innen im Fachausschuss IV (Kindheit, Kinderrechte, Familienpolitik):* Sabine Troitzsch (Sozialistische Jugend Deutschlands -Die Falken), Erika Georg-Monney (Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend in Deutschland)

*Vertreter*innen im Fachausschuss V (Jugend, Bildung, Jugendpolitik):* Sarah Primus (Bund der Deutschen Katholischen Jugend), Dr. Jaana Eichhorn (Deutsche Sportjugend), Reiner Baur (Landesjugendring Baden-Württemberg)

*Vertreter*innen im Fachausschuss VI (Hilfen zur Erziehung, Familienunterstützende und Sozialpädagogische Dienste):* Dr. Björn Enno Hermans (Bund der Deutschen Katholischen Jugend)



MITARBEITENDE UND STRUKTUR DER GESCHÄFTSSTELLE

Geschäftsführung

Clara Wengert, Geschäftsführerin
Sabine Welter, Büroleiterin

Bereich Finanzen und Personal

Matthias Gawol, Leitung
Jennifer Beder, Mitarbeiterin
Kathrin Hartwig, Mitarbeiterin
Andrea Koß, Mitarbeiterin

Bereich für Medien und Kommunikation

Michael Scholl, Leitung
Aaron Remus, Referent
Tim Schrock, Projektkoordinator jugend.beteiligen.jetzt
Melvin Keskin, Mitarbeiter

Referat für nationale Jugendpolitik/Grundlagenarbeit

Christian Weis, Leitung
Ludwig Weigel, Referent
Andrea Köhler, Referentin Weiterentwicklung Juleica
Anne Bergfeld, Referentin Politische Bildung und U18
Michele Reder, Referentin für Qualitätsstandards und Beteiligung
Claudia Krohn, Mitarbeiterin
Marina Werner, Mitarbeiterin

Referat für internationale Jugendpolitik

Jochen Rummenhüller, Leitung
Laura Gies, Referentin
Maria Mazur, Mitarbeiterin
Benjamin Wasmer, Mitarbeiter (DNK)
Alexander Kauschanski, Mitarbeiter (DNK)

Referat Jugenddialog

Linda Stein, Leitung
Rojda Kaya, Referentin
Margarita Bauer, Mitarbeiterin

EU-Jugendkonferenz

Anna Grüner, Referentin
Sharon Maple, Referentin
Dominik Neumann-Wächter, Referent
Hannah Zacher, Referentin
Anastasiia Maksymova, Mitarbeiterin



Deutscher Bundesjugendring
Mühlendamm 3, 10178 Berlin
030. 400 40 400
info@dbjr.de
www.dbjr.de